

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2009/2010

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2009 und 2010.....	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	7
Kapitel 04 01 Ministerium.....	8
Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	20
Kapitel 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	32
Kapitel 04 05 Justizvollzugsanstalten	66
Kapitel 04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen	108
Abschluss	116
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	117
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	119
Stellenplan	143

Vorwort zum Einzelplan 04

Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz obliegt insbesondere die Bearbeitung der Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der ordentlichen Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsanstalten, des Haushalts und der Gerichtsorganisation, des Notariatswesens und des Rechtsanwaltsrechts. Es wirkt bei gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes und des Freistaates Bayern mit. Ferner ist es aufgrund der Bekanntmachung des Bayerischen Ministerpräsidenten über die Ausübung des Begnadigungsrechts (BayRS 313-2-S) zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Im Zuge der Neugliederung der Geschäftsbereiche gemäß Art. 49 der Bayerischen Verfassung wurde der Ressortzuschnitt des bisherigen Staatsministeriums der Justiz um die Aufgaben der Verbraucherpolitik und der Förderung der Verbraucherberatung erweitert.

Bei der Errichtung der Gerichte für Arbeitssachen, bei ihrer Verwaltung und der Dienstaufsicht ist die Landesjustizverwaltung nach den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes zu beteiligen. Das dem Staatsministerium der Justiz eingegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst und für die übrigen Laufbahnen im Bereich der Justizverwaltung.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gehören am 1. Januar 2009:

- 3 Oberlandesgerichte mit je 1 Staatsanwaltschaft,
- 22 Landgerichte mit je 1 Staatsanwaltschaft,
- 73 Amtsgerichte mit 14 Zweigstellen (Stand: 1. Dezember 2008),
- 35 Justizvollzugsanstalten mit 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- 1 Sozialtherapeutische Forschungs- und Erprobungsanstalt (Erlangen),
- die Bayerische Justizvollzugsschule in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizschule Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Rahmen der Verwaltungsreform 21 wurden bis 31. Oktober 2008 achtzehn amtsgerichtliche Zweigstellen mit den Hauptgerichten zusammengelegt. Die ehemalige Zweigstelle Sonthofen des Amtsgerichts Kempten (Allgäu) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2008 zu einem eigenständigen Amtsgericht aufgestuft. Im Zuge der Neugliederung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wurde gemäß Art. 49 der Bayerischen Verfassung der Ressortzuschnitt des bisherigen Staatsministeriums der Justiz mit Wirkung vom 30. Oktober 2008 um die Aufgaben der Verbraucherpolitik einschließlich der Förderung der Verbraucherberatung erweitert. In diesem Zusammenhang werden im Doppelhaushalt 2009/2010 Haushaltsmittel vom Epl. 12 in den Epl. 04 umgesetzt. Die für den Verbraucherschutz und Grundsatzfragen erforderlichen Ausgabemittel sind künftig in Kap. 04 07 veranschlagt.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
I. Sächliche Verwaltungsausgaben			
Auslagen in Rechtssachen (Kap. 04 04 Titel 526 21-33)	361.377,3	371.807,7	340.292,3
Gefangenenpflege (Kap. 04 05 Titelgruppe 71)	27.000,0	27.000,0	25.477,5
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten (Kap. 04 05 Titelgruppen 72 und 73)	14.082,0	14.082,0	12.090,2
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	144.211,1	145.398,9	145.955,1
	546.670,4	558.288,6	523.815,1
II. Ausgaben für den Schuldendienst			
Zinsen für hinterlegte Gelder	530,0	530,0	530,0
III. Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	5.300,0	5.300,0	5.500,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene ..	14.540,0	14.540,0	14.300,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit	5.500,0	5.500,0	6.350,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	6.485,2	6.416,3	5.503,8
	31.785,2	31.716,3	31.653,8
IV. Baumaßnahmen			
Hochbaumaßnahmen bis einschließlich 1 Mio. EUR Gesamtkosten im Einzelfall	15.063,5	14.666,5	13.456,3
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten im Einzelfall*)	31.500,0	34.000,0	42.400,0
	46.563,5	48.666,5	55.856,3
*) daneben Veranschlagung im Epl. 13 (Umfinanzierungen) im Jahr 2009 bei Kap. 13 15 TG 53 in Höhe von 2.400,0 Tsd. EUR und bei Kap. 13 17 TG 55 in Höhe von 1.900,0 Tsd. EUR sowie bei Kap. 13 41 TG 57 – 58 im Jahr 2009 in Höhe von 14.200,0 Tsd. EUR und im Jahr 2010 in Höhe von 16.000,0 Tsd. EUR.			
V. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
Beschaffung von Fahrzeugen	784,4	844,4	434,7
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung)	26.101,1	24.728,7	21.785,7
	26.885,5	25.573,1	22.220,4
VI. Besondere Finanzierungsausgaben			
Justizstatistik	367,5	367,5	336,0
Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren	2.172,7	2.179,3	-
Sonstige Ausgaben	701,7	951,7	221,8
	3.241,9	3.498,5	557,8
VII. Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG)			
In den obigen Ansätzen sind die Ausgaben mit folgenden Beträgen enthalten (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 04 02):	5.854,5	6.458,5	-
VIII. Summe der Verpflichtungsermächtigungen	302.896,1	65.362,1	143.663,0

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2009 und 2010

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 EUR,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 EUR nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für die Gewährung von Leistungszulagen, Leistungsprämien und Leistungsentgelten sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 und 428 45 ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel mit Ausnahme der aus Umsetzungen entstandenen neuen Titel der Gruppen 428 und 815 unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
 - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Im Zusammenhang mit der Neugliederung der Geschäftsbereiche nach Art. 49 der Bayerischen Verfassung am 30.10.2008 (LT-Drs. 16/26) wurden im Einzelnen folgende betragsrelevanten Haushaltsmittel umgesetzt:

	bisher		2008 Tsd. EUR		2009 Tsd. EUR		neu	
	Kap. / Tit.		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Kap. / Tit.	
<u>Voll umgesetzte Einzelansätze</u>								
Allgemeine Bewilligungen	12 03/526 21			372,5		331,1	04 07/526 21	
	683 01			186,0		165,3	683 01	
Besondere Fachaufgaben - Ernährung und Verbraucherschutz	12 05/531 52			106,0		89,4	531 52	
	536 52			25,0		21,1	536 52	
	536 53			52,0		43,0	536 53	
	540 52			139,0		117,2	540 52	
	684 53			215,0		177,6	684 53	
	685 53			181,3		449,8	685 53	
	686 01			2.275,0		2.075,3	686 01	
	686 53			480,0		396,8	686 53	
<u>Teilumsetzungen</u>								
	12 01/422 01					442,2	04 01/422 01	
	428 01					145,3	428 01	
	511 01					33,0	511 01	
	815 99					5,5	815 99	
	12 02/422 45					0,9	04 02/422 45	
	12 05/526 55			31,6		27,8	04 07/526 55	
	547 55			65,4		50,0	547 55	

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.7 DBestHG gelten die in Nr. 12.1 bis 12.6 DBestHG 2009/2010 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 02 Tit. 526 01
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 28, 526 31 bis 526 33 und
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 823 10, 823 11 und
- Kap. 04 05 TG 71.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	10,5	10,5	A	10,5
					B	17,2
					C	10,3
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1,0	1,0	A	10,0
					B	9,5
					C	10,0
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	0,3	0,3	A	0,3
					B	1,6
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,5
					C	0,8
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,5	0,5	A	0,5
					B	1,1
					C	0,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			12,8	12,8	A	21,8
					B	30,0
					C	21,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	174,7	178,0	A	169,0
					B	163,6
					C	163,6
422 01-9	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	7.687,6	7.849,3	A	6.641,2
					B	6.831,0
					C	6.637,7
422 11-7	011	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A	97,9
					B	79,3
					C	67,5
422 31-3	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	197,1	201,3	A	198,3
					B	188,0
					C	199,4
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					C	1,3
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.022,3	2.065,1	A	1.886,6
					B	1.789,6
					C	1.814,5

Erläuterungen

Zu 04 01/119 01

2009 gegenüber 2008:

Weniger 9,0 Tsd. EUR. Das Justizministerialblatt wird künftig im Internet veröffentlicht.

Zu 04 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	7,8	7,8

Zu 04 01/422 01 (422 11 und 422 31)

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 01/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 04 01/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Titel 422 41 und 428 41.

Zu 04 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
428 07-7	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmer-Budget))	---	---	A	---	---
					B	17,7	17,7
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	86,2	88,0	A	80,0	80,0
					B	83,0	83,0
					C	97,0	97,0
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	224,2	229,0	A	249,6	249,6
					B	215,9	215,9
					C	252,7	252,7
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---	---
					B	27,1	27,1
					C	26,2	26,2
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A	40,0	40,0
					B	7,0	7,0
					C	10,9	10,9
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen	1.760,0	1.760,0	A	1.760,0	1.760,0
					B	1.221,1	1.221,1
					C	1.588,6	1.588,6
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-1	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	450,5	450,5	A	420,9	420,9
					B	338,5	338,5
					C	324,9	324,9

Erläuterungen

Zu 04 01/428 11

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung
 - als Vertretungskräfte
 - für die Erfassung der Bücher und Zeitschriften - Retrokonversion - im Bibliotheksverbund.

2009 gegenüber 2008:
 Mehr 6,2 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 41

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

Zu 04 01/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	15,0	15,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0
Zusammen	25,0	25,0

2009 gegenüber 2008:
 Weniger 15,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/459 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Prüfervergütungen	1.107,0	1.107,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	93,0	93,0
3. Sachbedarf	40,0	40,0
4. Mieten für Prüfungsräume	410,0	410,0
5. Reisekosten der Prüfer	110,0	110,0
Zusammen	1.760,0	1.760,0

Zu 04 01/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	144,1	144,1
2. Bücher und Zeitschriften	137,8	137,8
3. Kommunikation	34,8	34,8
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	59,2	59,2
6. Sonstiges	14,0	14,0
Zusammen	450,5	450,5

2009 gegenüber 2008:
 28,4 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
 33,0 Tsd. EUR mehr - Umsetzung aus Kap. 12 01
 25,0 Tsd. EUR mehr wegen erhöhtem Geschäftsbedarf, insbesondere für Bücher und Zeitschriften
 29,6 Tsd. EUR mehr

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	57,0	57,0	A	63,0
					B	49,8
					C	41,4
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	3,2	3,2	A	3,2
					B	2,5
					C	2,8
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	40,0	40,0	A	40,0
					B	35,6
					C	35,9
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	1,6	1,6	A	2,0
					B	1,2
					C	0,7
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,3
					C	1,5
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	103,0	103,0	A	105,0
					B	72,3
					C	71,9
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	19,0	19,0	A	20,0
					B	14,6
					C	14,1
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1,7	1,7	A	1,9
					B	0,0
					C	8,5
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	218,4	218,4	A	200,0
					B	167,2
					C	189,8

Erläuterungen

Zu 04 01/514 01		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Betriebsstoffe	38,9	38,9
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	18,1	18,1
Zusammen		<u>57,0</u>	<u>57,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		57,0	57,0
Personalausgaben		320,0	323,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)		19,0	19,0
Zusammen		<u>396,0</u>	<u>399,5</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	6	6	6
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-

2009 gegenüber 2008:
Weniger 6,0 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/514 11
Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich 123 EUR veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. EUR Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

Zu 04 01/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 04 01/517 05		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Heizung	-	-
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	1,6	1,6
Zusammen		<u>1,6</u>	<u>1,6</u>

Die Mittel für die Hausbewirtschaftung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/517 01, 517 05 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:
Weniger 0,4 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/518 11
2009 gegenüber 2008:
Weniger 2,0 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/518 18
2009 gegenüber 2008:
Weniger 1,0 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/519 01
Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:
Weniger 0,2 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/527 01
2009 gegenüber 2008:
22,2 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
40,6 Tsd. EUR mehr u.a. wegen Erhöhung der Wegstreckenentschädigung
18,4 Tsd. EUR mehr

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
529 01-1	011	Zur Verfügung der Staatsministerin für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	22,5	22,5	A B C	22,5 31,4 36,5
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	5,0	5,0	A B C	34,0 23,7 26,9
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	78,0	78,0	A B C	86,0 15,2 30,6
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11. Die Mittel sind übertragbar.</i>	20,3	20,3	A B C	22,8 24,7 41,2
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	19,9	19,9	A B C	22,0 16,8 22,4
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	5,3	5,3	A B C	5,2 4,7 3,1
685 03-9	059	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle	80,0	80,0	A B C	50,0 45,3 49,9
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug)	34,5	34,5	A B C	34,5 14,5 6,8
686 03-8	059	Zuschuss zu den Kosten des Deutschen Richter- und Staatsanwaltstages 2007 in Würzburg	***	***	A B	--- 30,0
686 06-5	059	Zuschuss zu den Kosten des 69. Deutschen Juristentags 2012 in München	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 01/529 01

2009 gegenüber 2008:

2,5 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,5 Tsd. EUR	mehr wegen zusätzlichem Bedarf
- Tsd. EUR	

Zu 04 01/531 01

2009 gegenüber 2008:

Weniger 29,0 Tsd. EUR. Das Ministerialblatt wird künftig im Internet veröffentlicht. Im Kap. 04 01 entstehen künftig nur geringfügige Kosten.

Zu 04 01/531 11

2009 gegenüber 2008:

9,6 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1,6 Tsd. EUR	mehr aufgrund der voraussichtlichen Ausgabeentwicklung
8,0 Tsd. EUR	weniger

Zu 04 01/531 21

2009 gegenüber 2008:

Weniger 2,5 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 1,0 Tsd. EUR sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 2,1 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/684 01

Beiträge

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1	0,1
- für die Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0	1,0
- zur Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	2,1	2,1
- für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2	0,2
- für den Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,4	0,4
- European Judicial Training Network (EJTN)	1,5	1,5
Zusammen	5,3	5,3

Zu 04 01/685 03

Zur Förderung der kriminologischen Forschung und zur Erarbeitung kriminologischer Erkenntnisse wurde von Bund und Ländern eine Kriminologische Zentralstelle als Verein gegründet. Ordentliche Mitglieder des Vereins sind die Bundesrepublik Deutschland und die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Zuschuss zu den im Haushalt ausgewiesenen anderweitig nicht gedeckten Kosten (Bund und Länder je zur Hälfte). Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem für den Länderfinanzausgleich geltenden Verteilungsschlüssel berechnet.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 30,0 Tsd. EUR für die Einrichtung einer Länderkommission zur Verhütung von Folter.

Zu 04 01/686 02

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

Zu 04 01/686 06

Mit dem Zuschuss des Freistaats Bayern sollen die mit eigenen Mitteln nicht gedeckten Kosten des 69. Deutschen Juristentags 2012 in München bestritten werden.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	54,9	54,9	A	60,5
					B	58,7
					C	66,8
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	216,0	216,0	A	126,2
					B	80,9
					C	616,8
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	22,5	24,0	A	12,0
					B	18,1
					C	19,1
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	29,9	29,9	A	29,9
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	15,0	15,0	A	15,0
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	210,0	120,0	A	149,9
					B	227,9
					C	36,2
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	7,7	7,7	A	7,7
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	---	---	A	---
					C	40,1

Erläuterungen

Zu 04 01/812 01	2009	2010
Veranschlagt sind Ausgabemittel für:	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Gleitregalanlagen für die Registratur	-	23,6
2. Dienstzimmereinrichtungen	35,8	27,7
3. Maschinen und Geräte	19,1	3,6
Zusammen	54,9	54,9

2009 gegenüber 2008:

6,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1,1 Tsd. EUR	mehr für zusätzliche Ausstattungen
5,6 Tsd. EUR	weniger

Zu 04 01/99

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes, die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt vier Bedienstete beschäftigt.

Zu 04 01/511 99	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	44,0	44,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	170,0	170,0
4. Bücher und Zeitschriften	1,0	1,0
5. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	216,0	216,0

2009 gegenüber 2008:

Mehr 89,8 Tsd. EUR. Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Aufwendungen für die Inanspruchnahme der IuK-Dienstleistungen für die Fachverfahren ELDORA und VIVA, die durch die Rechenzentren für den Justizbereich nach dem Verursacherprinzip geleistet werden, an.

Zu 04 01/514 99

2009 gegenüber 2008:

1,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
11,8 Tsd. EUR	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung
10,5 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 01/519 99

2009 gegenüber 2008:

3,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
3,3 Tsd. EUR	mehr wegen der Durchführung zusätzlicher Verkabelungsmaßnahmen
-	Tsd. EUR

Zu 04 01/525 99

2009 gegenüber 2008:

1,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung
1,7 Tsd. EUR	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung
-	Tsd. EUR

Zu 04 01/526 99

2009 gegenüber 2008:

16,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
76,8 Tsd. EUR	mehr. Im Zusammenhang mit der Einführung des Dokumentenmanagementsystems ELDORA und des Personalverwaltungssystems VIVA-Pro sind umfangreiche Softwareanpassungen an die justizspezifischen Anforderungen erforderlich. Zudem sind die hausinternen EDV-Bausteine weiter zu entwickeln und an die neuen Fachverfahren anzupassen.
60,1 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 01/533 99

2009 gegenüber 2008:

0,9 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
0,9 Tsd. EUR	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung
-	Tsd. EUR

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
815 99-7	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	170,5	175,5	A	159,3
					B	93,0
					C	-0,4
		Summe der Titelgruppe	671,6	588,1	A	500,0
					B	419,9
					C	711,7
		Gesamtausgaben	14.065,5	14.200,6	A	12.818,1
					B	11.991,3
					C	12.546,7
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	12,8	12,8	A	21,8
					B	30,0
					C	21,7
		Gesamteinnahmen	12,8	12,8	A	21,8
					B	30,0
					C	21,7
		Personalausgaben	12.177,1	12.395,7	A	11.122,6
					B	10.623,4
					C	10.859,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.543,2	1.454,7	A	1.386,0
					B	1.121,7
					C	1.561,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	119,8	119,8	A	89,7
					B	94,5
					C	59,8
		Sonstige Sachinvestitionen	225,4	230,4	A	219,8
					B	151,7
					C	66,4
		Gesamtausgaben	14.065,5	14.200,6	A	12.818,1
					B	11.991,3
					C	12.546,7
		Zuschuss	14.052,7	14.187,8	A	12.796,3
					B	11.961,3
					C	12.525,0

Erläuterungen

Zu 04 01/815 99

2009 gegenüber 2008:

17,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
5,5 Tsd. EUR	mehr - Umsetzung aus Kap. 12 01
23,4 Tsd. EUR	mehr für den Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software (Erweiterungen, insbesondere im Bereich der Peripheriegeräte, und Ersatzbeschaffungen)
<hr/>	
11,2 Tsd. EUR	mehr

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
236 12-0	052	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	800,0	800,0	A B C	400,0 789,1 516,1
271 01-9	052	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	---	A	---
281 01-7	052	Erstattung von Prozesskosten	1,0	1,0	A B C	1,0 5,3 1,0
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
<u>334 41-6</u>	052	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Infrastrukturmaßnahmen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 71.</i>	4.390,9	4.843,9	A	
Gesamteinnahmen			5.191,9	5.644,9	A B C	401,0 794,4 517,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 41-9	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	600,0	600,0	A	525,0
422 45-5	059	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.060,9	1.060,9	A B C	1.060,0 1.072,0 1.057,9
428 41-3	052	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	160,0	160,0	A	140,0
<u>428 45-9</u>	960	Leistungsentgelte (§ 18 Abs. 1 TV-L) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.164,5	1.193,7	A	
443 15-6	940	Ergänzende Fürsorgeleistungen für Beamte nach Art. 97 BayBG (Ballungsraumzulage) <i>Vgl. 13 03/461 01.</i>	898,8	898,8	A B C	898,8 879,9 882,3
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	10,0	10,0	A B C	10,0 4,0 2,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 02 - Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG)

	Gesamt Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR	TG/Tit.
1. Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	10.000,0	4.798,0	5.202,0		701 71
2. Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten	513,0	256,5	256,5	-	811 71
3. Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz	400,0	200,0	200,0	-	812 71
4. Aufbau einer IT-Infrastruktur für ein Kommunikationstool mit Alarmierungsfunktion	400,0	200,0	200,0	-	815 71
5. Aufbau einer leistungsfähigen, landesweiten Server- und Datenspeicherinfrastruktur für die bayerische Justiz	1.000,0	400,0	600,0	-	815 71
Gesamtsumme ZulnvG	12.313,0	5.854,5	6.458,5	-	

Zu 04 02/236 12

2009 gegenüber 2008:

Mehr 400,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 02/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

Zu 04 02/281 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu 04 02/334 41

2009 gegenüber 2008:

4.390,9 Tsd. EUR mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

2010 gegenüber 2009:

453,0 Tsd. EUR mehr entsprechend den zu erwartenden Finanzhilfen nach dem ZulnvG.

Zu 04 02/422 41

2009 gegenüber 2008:

Mehr 75,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/422 45

Zur weiteren Motivationssteigerung und Stärkung des Leistungsgedankens wurden in der bayerischen Verwaltung verstärkt leistungsbezogene Besoldungselemente eingeführt. Bei diesem Titel werden die gewährten Leistungszulagen und Leistungsprämien nachgewiesen.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 0,9 Tsd. EUR - Umsetzung aus dem Epl. 12.

Zu 04 02/428 41

2009 gegenüber 2008:

Mehr 20,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 97 BayBG in der ab 1. April 2009 geltenden Fassung.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
459 31-7	940	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
461 01-9	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 - ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 45 - und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 - ohne der Tit. 428 12 (AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln.</i>	5.700,0	7.400,0	A	10.000,0
462 01-8	981	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 01-2	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	56,2	56,2	A B C	56,2 54,4 57,9
526 11-0	052	Kosten für Sachverständige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	110,0	110,0	A B C	110,0 26,7 2,9
527 21-7	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	120,0	120,0	A B C	100,0 181,6 171,5
529 02-8	052	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	16,9	16,9	A B C	19,0 18,5 61,1
532 01-4	052	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie aufgrund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	150,0	150,0	A B C	150,0 1.073,8 255,9
548 01-6	988	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben ohne Ausgaben in Titelgruppen sowie ohne Ausgaben der Gruppe 529 und des Titels 531 2. <i>Ausgaben der Gruppen 515, 531 0. und 531 1. dürfen nur mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
549 01-5	052	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	---
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-2	052	Erstattung an das Stadtkrankenhaus Pegnitz für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizschule Pegnitz	40,0	40,0	A B C	36,5 23,9 24,1

Erläuterungen

Zu 04 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) geleistet (Teil 5 der BayVwVBes vom 21.12.2001, Sonderbeilage zum Staatsanzeiger 2002 Nr. 9, in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 04 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Mehrausgaben des Neuen Dienstrechts.

Zu 04 02/527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 20,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) Veranstaltungen mit überregionalem Charakter;
- d) repräsentative Veranstaltungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 2,1 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 02/633 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Stadtkrankenhauses Pegnitz aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizschule Pegnitz (vgl. 04 02/671 01).

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
671 01-5	052	Erstattung an das staatliche Gymnasium Pegnitz für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizschule Pegnitz	80,0	80,0	A B	67,0 67,0
Baumaßnahmen						
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 160,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 160,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	660,0	160,0	A B	200,0 211,1
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 01-0	990	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	367,5	367,5	A B C	336,0 421,0 430,0
<u>981 11-8</u>	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd	148,8	155,8	A	
<u>981 12-7</u>	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord	2.023,9	2.023,5	A	
981 16-3	990	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	1,7	1,7	A	6,8
989 01-2	990	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	***	***	A	-15,0
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-2	058	Ausgaben der Beamten und Richter für die Versorgungsrücklage	3.388,9	3.460,0	A B C	3.276,0 3.187,2 3.289,1
432 61-2	058	Ruhegehälter	191.415,4	198.440,4	A B C	180.772,0 174.837,6 168.996,8
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	53.437,4	54.965,7	A B C	53.040,3 50.214,0 50.861,6
434 61-0	058	Ausgaben der Versorgungsempfänger für die Versorgungsrücklage	4.786,4	5.681,1	A B C	4.570,6 3.108,4 3.050,0

Erläuterungen

Zu 04 02/671 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizschule Pegnitz (vgl. 04 02/633 01).

2009 gegenüber 2008:

Mehr 13,0 Tsd. EUR wegen steigenden Teilnehmerzahlen.

Zu 04 02/702 01

	Tsd. EUR
2009	
1. Amtsgericht Hersbruck, Schlossplatz 1 bis 3 Kanalsanierung (3. Bauabschnitt)	160,0
2. Amtsgericht Kempten Kanalsanierung	100,0
3. Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstr. 35 Kanalsanierung	230,0
4. Amtsgericht Nürnberg, Adam-Klein-Str. 58/60 Kanalsanierung (1. Bauabschnitt)	100,0
5. Amtsgericht Obernburg a. Main Kanalsanierung	70,0
Zusammen	660,0
2010	
1. Amtsgericht Hersbruck, Schlossplatz 1 bis 3 Kanalsanierung (4. Bauabschnitt)	130,0
2. Amtsgericht Nürnberg, Adam-Klein-Straße 58/60 Kanalsanierung (2. Bauabschnitt)	30,0
Zusammen	160,0

2009 gegenüber 2008:

40,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

500,0 Tsd. EUR mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

460,0 Tsd. EUR mehr

Zu 04 02/981 01

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 31,5 Tsd. EUR aufgrund der Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich.

Zu 04 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

Zu 04 02/61 - 65

Nachgewiesen werden bei dieser Titelgruppe im jeweiligen Ressortbereich anfallende Versorgungsausgaben und Beihilfen. Darüber hinaus werden bei den Titeln 424 61 und 434 61 die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nach § 14a Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ergebenden Beträge sowie die Beträge, die sich aus einer aufgrund von Verweisung auf das Bundesbesoldungsgesetz verminderten Anpassung der Amts- und Versorgungsbezüge der Mitglieder der Staatsregierung ergeben, nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage zugeführt werden.

Zusätzlich werden bei Titel 424 61 die Beträge nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage in Höhe von 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 sowie aufgrund von Verweisungen auf das Beamtenversorgungsgesetz in Höhe von 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung zugeführt werden.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
435 61-9	058	Übergangsvorsorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	72,5	72,5	A	272,5	
					B	19,8	
					C	38,2	
436 61-8	058	Übergangsvorsorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	***	***	A	25,6	
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	35.295,1	36.691,3	A	35.792,1	
					B	32.470,2	
					C	31.526,6	
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	1.668,0	1.734,0	A	1.537,8	
					B	1.534,5	
					C	1.415,9	
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	---	A	2,5	
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	120,8	125,6	A	134,6	
					B	111,1	
					C	60,0	
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	46.593,6	48.436,7	A	42.742,6	
					B	42.864,4	
					C	39.879,1	
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	18,8	19,5	A	-2,1	
					B	17,3	
					C	10,5	
919 61-4	950	Zuführungen an den Versorgungsfonds <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 919 61.</i>	500,0	750,0	A	230,0	
Summe der Titelgruppe			337.296,9	350.376,8	A	322.394,5	
					B	308.364,6	
					C	299.127,8	
66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)							
<i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>							
428 66-3	059	Zeitlich befristet Beschäftigte und Aushilfskräfte	---	---	A	---	
525 66-5	059	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---	
526 66-4	059	Ausgaben für Sachverständige	***	***	A	39,5	
547 66-9	059	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	---	---	A	---	
815 66-4	059	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A	75,0	
					B	3,6	
Summe der Titelgruppe			-	-	A	114,5	
					B	3,6	
					C	-	
71 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG)							
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>							
<i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>							
<i>Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>							
<u>701 71-4</u>	059	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 5.202,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.798,0	5.202,0	A		

Erläuterungen

Zu 04 02/435 61

2009 gegenüber 2008:

Weniger 200,0 Tsd. EUR. Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/436 61

Leistungen sind künftig in Kap. 04 02 Tit. 435 61 enthalten.

Zu 04 02/441 61

Umsetzung von Beihilfen in Höhe von 17,9 Tsd. EUR in den Epl. 13 für den neu gegründeten Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) aufgrund Aufgabenübergangs.

Zu 04 02/919 61

Der Ansatz beinhaltet die voraussichtlichen Zuführungen an den Versorgungsfonds gemäß Art. 16 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRückIG), jedoch ohne Sonderzuführung gemäß Art. 16 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes.

Zu 04 02/66

Im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften waren Aufwendungen für Schulungen, Beratungsleistungen, den Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software und für Lizenzen notwendig. Die Kosten- und Leistungsrechnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften wird im Epl. 04 nicht weiter fortgeführt.

Zu 04 02/71

2009 gegenüber 2008:

5.854,5 Tsd. EUR mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

2010 gegenüber 2009:

604,0 Tsd. EUR mehr zur Durchführung der Investitionsmaßnahmen nach dem ZulnvG.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
811 71-1	052	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	256,5	256,5	A	
812 71-0	052	Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A	
815 71-7	052	Modernisierung der IT-Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	800,0	A	
Summe der Titelgruppe			5.854,5	6.458,5	A B C	- - -
97 eGovernment <i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 97-4	052	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	582,2	582,2	A B C	582,2 328,9 43,1
514 97-1	052	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
518 97-7	052	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 97-6	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 97-8	052	Aus- und Fortbildung	28,4	28,4	A	28,4
526 97-7	052	Ausgaben für Sachverständige	828,4	828,4	A B C	828,4 505,5 1.132,9
531 97-0	052	Entgelt für die Nutzung der juris-Datenbank	242,5	242,5	A B C	242,5 225,4 199,7
533 97-8	052	Nebenkosten der Datenverarbeitung	18,2	18,2	A	18,2
534 97-7	052	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	475,9	475,9	A B	475,9 627,9
535 97-6	052	Miete für Software	---	---	A	---
815 97-7	052	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	733,8	733,8	A B C	733,8 1.221,6 1.533,7
Summe der Titelgruppe			2.909,4	2.909,4	A B C	2.909,4 2.909,4 2.909,4
Gesamtausgaben			359.430,0	374.349,7	A B C	339.118,7 315.311,3 305.048,0

Erläuterungen

Zu 04 02/97

Der Ministerrat hat am 9. Juli 2002 den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeit beschlossen. Die Ausgaben für eGovernment werden zentral in dieser Titelgruppe nachgewiesen. Die Titelgruppe kann gemäß Nr. 1.3 DBestHG aus anderen Ansätzen der Hauptgruppe 5 und der Obergruppen 81 und 82 verstärkt werden.

Zu 04 02/511 97

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	385,3	353,3
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	135,0	157,6
4. Bücher und Zeitschriften	2,9	2,9
5. Laufende DMS Sachausgaben	59,0	69,0
Zusammen	582,2	582,8

Für den notwendigen Erhalt der DV-Einsätze, Neuausstattungen und Ersatzbeschaffungen im Rahmen der Einführung des so genannten Standardverfahrens, von Online-Verwaltungsleistungen und des Dokumentenmanagementsystems sowie für den insoweit erforderlichen Betrieb.

Zu 04 02/514 97

Der Bedarf an Verbrauchsmitteln ist bei Kap. 04 04 Tit. 511 01 veranschlagt.

Zu 04 02/518 97

Die Veranschlagung der Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software erfolgt bei Kap. 04 04 Tit. 518 99.

Zu 04 02/531 97

Veranschlagt sind die aus der Nutzung der juris-Datenbanken (BAYERN-RECHT) entstehenden Kosten aus dem Vertrag mit der Juris GmbH (im Haushalt 2001/2002 bei 04 02/511 21 veranschlagt).

Zu 04 02/534 97

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	46,8	40,4
2. Softwareentwicklung durch Dritte (forumSTAR, Regis-Web)	421,5	427,9
3. Sonstiges	7,6	7,6
Zusammen	475,9	475,9

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	801,0	801,0	A	401,0
					B	794,4
					C	517,2
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4.390,9	4.843,9	A	-
					B	-
					C	-
		Gesamteinnahmen	5.191,9	5.644,9	A	401,0
					B	794,4
					C	517,2
		Personalausgaben	346.391,1	360.950,2	A	334.798,3
					B	310.320,4
					C	301.070,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.628,7	2.628,7	A	2.650,3
					B	3.042,8
					C	1.925,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	120,0	120,0	A	103,5
					B	90,9
					C	24,1
		Baumaßnahmen	5.458,0	5.362,0	A	200,0
					B	211,1
					C	-
		Sonstige Sachinvestitionen	1.790,3	1.990,3	A	808,8
					B	1.225,2
					C	1.533,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	3.041,9	3.298,5	A	557,8
					B	421,0
					C	495,0
		Gesamtausgaben	359.430,0	374.349,7	A	339.118,7
					B	315.311,3
					C	305.048,0
		Zuschuss	354.238,1	368.704,8	A	338.717,7
					B	314.517,0
					C	304.530,9

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	052	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	602.500,0	613.100,0	A	581.312,5
					B	579.599,8
					C	549.068,3
111 02-8	052	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	10.700,0	10.700,0	A	9.800,0
					B	9.679,5
					C	9.155,5
111 03-7	052	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	46.200,0	46.200,0	A	48.500,0
					B	44.292,7
					C	46.354,7
112 01-8	052	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	128.000,0	128.000,0	A	128.000,0
					B	323.655,5
					C	117.796,4
119 11-9	052	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	30,0	30,0	A	30,0
					B	15,8
					C	57,9
119 12-8	052	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	100,0	100,0	A	100,0
					B	20,7
					C	253,3
119 21-7	052	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	5.200,0	5.200,0	A	5.200,0
					B	3.333,0
					C	4.651,8
119 49-5	052	Vermischte Einnahmen	600,0	600,0	A	480,0
					B	738,2
					C	557,8
124 01-4	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	550,0	550,0	A	550,0
					B	561,0
					C	557,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A	---
232 01-3	052	Sonstige Erstattungen von Ländern	35,0	35,0	A	35,0
					B	10,1
					C	22,8
<u>232 02-2</u>	052	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	---	A	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsrechts, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben der Landgerichtsärzte (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 12 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern - GerOrgG - (BayRS 300-2-2-J) festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof - VfGHG - (BayRS 1103-1-S) bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 04 04/111 01

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung. Die Neuordnung der Handelsregistergebühren und die daraus resultierenden möglichen Rückerstattungsansprüche wurden berücksichtigt.

2009 gegenüber 2008:
Mehr 21.187,5 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:
Mehr 10.600,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

2009 gegenüber 2008:
Mehr 900,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 03

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher auch i.V.m. § 11 Abs. 2 Justizbeitreibungsordnung einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden seit dem 2. Nachtragshaushalt 2002 hier veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:
Weniger 2.300,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 21

Die früher bei 04 04/119 49 mitveranschlagten Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten werden seit dem Nachtragshaushalt 2000 hier veranschlagt.

Zu 04 04/119 49

2009 gegenüber 2008:
Mehr 120,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	160,4	160,4
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	375,8	375,8
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	3,4	3,4
4. Sonstige Einnahmen	10,4	10,4
Zusammen	<u>550,0</u>	<u>550,0</u>

Zu 04 04/231 01

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
235 01-0	052	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	31,1
					C	20,4
235 02-9	052	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellten <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	12,7
					C	17,5
235 12-7	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk bei 428 12.</i>	---	---	A	---
261 01-7	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	70,0	70,0	A	70,0
					B	37,0
					C	56,4
271 01-5	052	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	***	***	A	---
281 01-3	052	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
					B	0,1
					C	2,1
Gesamteinnahmen			793.985,0	804.585,0	A	774.077,5
					B	961.987,3
					C	728.572,9
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	052	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.200,0	3.200,0	A	3.200,0
					B	2.866,7
					C	2.832,5
422 01-3	052	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	397.212,5	406.162,1	A	353.250,6
					B	357.240,4
					C	354.281,0
422 11-1	052	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A	23.306,7
					B	21.465,2
					C	22.388,8
422 21-9	052	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	2.144,5	2.189,5	A	2.927,6
					B	2.045,3
					C	2.405,0
422 26-4	052	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare	44.500,0	45.800,0	A	38.000,0
					B	34.413,2
					C	33.405,1
422 31-7	052	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.499,4	1.530,9	A	1.158,9
					B	1.430,0
					C	1.156,2
422 41-5	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	91,4
					C	90,0
427 01-8	052	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Titel kann im Rahmen des Pilotprojektes "Zustellung durch Justizbedienstete" mit Mitteln aus Kap. 04 04 Tit. 511 02 (Entgelte für Postdienstleistungen) verstärkt werden.</i>	389,0	389,0	A	389,0
					B	667,3
					C	880,1

Erläuterungen

Zu 04 04/235 01

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

Zu 04 04/235 02

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

Zu 04 04/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 StVollzG zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

Zu 04 04/412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs (BayRS 1103-2-S) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl I S. 565) in der jeweils geltenden Fassung,
- c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl I S. 718) in der jeweils geltenden Fassung.

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

Zu 04 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 04 04/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 04/422 26

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen in den Jahren 2009 und 2010 unter Berücksichtigung der seit 01.01.2000 geltenden geringeren Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

2009 gegenüber 2008:
Mehr 6.500,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:
Mehr 1.300,0 Tsd. EUR wegen steigender Referendarzahlen.

Zu 04 04/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 04/427 01

Entgelte für

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	93,5	93,5
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilfstätigkeiten)	295,5	295,5
Zusammen	389,0	389,0

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
427 41-0	052	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	---	A	---
428 01-7	052	Entgelte der Arbeitnehmer	124.370,2	127.004,8	A	121.284,1
					B	116.183,3
					C	121.198,6
428 07-1	052	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmer-Budget))	---	---	A	---
					B	3.570,4
428 11-5	052	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	2.790,6	2.849,7	A	3.040,1
					B	2.687,0
					C	2.620,2
428 12-4	052	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-3	052	Entgelte der Arbeitnehmer	4.993,3	5.104,9	A	5.032,5
					B	5.074,0
					C	6.093,2
428 41-9	052	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	21,6
					C	33,3
453 01-5	052	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	850,0	850,0	A	850,0
					B	565,9
					C	599,5
459 21-5	052	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03.</i>	32.000,0	32.000,0	A	33.000,0
					B	33.437,2
					C	35.361,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	052	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.450,0	13.450,0	A	12.852,0
					B	12.234,0
					C	10.789,1
511 02-4	052	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Vgl. Vermerk bei 427 01.</i>	24.250,0	24.250,0	A	27.500,0
					B	22.538,6
					C	29.359,2

Erläuterungen

Zu 04 04/428 01 (428 11 und 428 15)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/428 11

Veranschlagt sind Mittel für 58 Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen nach § 30 TVL.

Zu 04 04/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	505,0	505,0
2. Umzugskostenvergütungen	345,0	345,0
Zusammen	850,0	850,0

Zu 04 04/459 21

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst vom 8. Juli 1976 (BGBl I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung; die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) vom 29. November 2007 (GVBl S. 827) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 11 Nrn. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung vom 7. März 1980 (JMBl S. 43) in der jeweils geltenden Fassung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 713 des Kostenverzeichnisses zum GvKostG.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz vom 16. Juli 1997 (JMBl S. 118) in der jeweils geltenden Fassung zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatz barer Auslagen (Nr. 5.3 und 5.4.2 a.a.O.).

2009 gegenüber 2008:

Weniger 1.000,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	5.234,7	5.234,7
2. Bücher und Zeitschriften	3.108,3	3.108,3
3. Kommunikation	2.218,6	2.218,6
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.741,9	2.741,9
5. Sonstiges	146,5	146,5
Zusammen	13.450,0	13.450,0

2009 gegenüber 2008:

986,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1.584,8 Tsd. EUR	mehr wegen erhöhtem Geschäftsbedarf und zusätzlichen Aufwendungen im Bereich der elektronischen Auskunftssysteme
598,0 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 04/511 02

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 3.250,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
514 01-2	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	248,6	248,6	A B C	202,0 165,9 158,0
514 02-1	052	Beschaffung von Munition	9,1	9,1	A B C	10,0 2,4 5,9
514 11-0	052	Dienst- und Schutzkleidung	275,4	275,4	A B C	270,0 272,9 258,6
517 01-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	10.358,8	10.373,8	A B C	9.400,0 9.209,2 8.656,3

Erläuterungen

Zu 04 04/514 01		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Betriebsstoffe	169,6	169,6
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	79,0	79,0
Zusammen		<u>248,6</u>	<u>248,6</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		248,6	248,6
Personalausgaben		66,7	68,1
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		30,0	30,0
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)		113,0	113,0
Zusammen		<u>458,3</u>	<u>459,7</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	61	61	41	41	32
Lastkraftwagen, Transporter	12	12	10	10	-

2009 gegenüber 2008:					
22,4	Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre		
69,0	Tsd. EUR	mehr	wegen steigenden Kraftstoffpreisen und der Ausweitung des Bestandes an		
			Leasingfahrzeugen (+ 20 Fahrzeuge) im Rahmen eines Modellprojektes		
<u>46,6</u>	<u>Tsd. EUR</u>	<u>mehr</u>			

Zu 04 04/514 02					
2009 gegenüber 2008:					
1,1	Tsd. EUR	weniger	wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre		
0,2	Tsd. EUR	mehr	infolge Anpassung an die Preisentwicklung		
<u>0,9</u>	<u>Tsd. EUR</u>	<u>weniger</u>			

Zu 04 04/514 11		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Erstausrüstungen und Dienstkleidungszuschüsse	257,3	257,3
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes	3,1	3,1
Zusammen		<u>275,4</u>	<u>275,4</u>

Zu 04 04/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Soll 2008	9.400,0	9.400,0
Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (vgl. Kap. 03 80, 06 04, 06 22, 08 40, 10 10)	-62,8	-62,8
Umsetzung von Grundbesitz verwaltenden Dienststellen (vgl. Kap. 03 18, 03 80, 06 05, 06 22, 10 10, 12 77)	17,8	17,8
Umsetzung von Epl. 13 (IMBY)	185,1	200,1
Umwidmung von Personal- in Sachmittel	276,3	276,3
Mehrbedarf wegen zusätzlichen Gebäuden und steigenden Bewirtschaftungskosten	542,4	542,4
Zusammen	<u>10.358,8</u>	<u>10.373,8</u>

2009 gegenüber 2008:
Mehr 958,8 Tsd. EUR s.o.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
517 05-5	052	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	8.666,8	8.675,8	A	8.200,0
					B	7.855,8
					C	7.881,9
517 31-3	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
					B	19,0
517 35-9	052	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
					B	74,0
518 01-8	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	5.802,2	5.802,2	A	5.451,5
					B	4.865,8
					C	4.338,8
518 11-6	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	598,7	598,7	A	600,0
					B	658,9
					C	612,3
518 18-9	052	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	113,0	113,0	A	50,0
					B	65,0
					C	56,2
518 31-2	052	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-7	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9.875,7	9.875,7	A	10.100,0
					B	13.828,1
					C	9.634,1

Erläuterungen

Zu 04 04/517 05		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Heizung	5.866,8	5.866,8
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	2.800,0	2.800,0
		8.666,8	8.675,8

		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
	Soll 2008	8.200,0	8.200,0
	Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (vgl. Kap. 03 80, 06 04, 06 05, 06 22, 08 40, 10 10)	-201,5	-201,5
	Umsetzung von Grundbesitz verwaltenden Dienststellen (vgl. Kap. 03 18, 03 74, 03 80, 06 05, 06 22, 12 77)	62,5	62,5
	Umsetzung von Epl. 13 (IMBY)	301,5	310,5
	Mehrbedarf wegen zusätzlicher Gebäude und steigenden Energiekosten	304,3	304,3
Zusammen		8.666,8	8.675,8

2009 gegenüber 2008:
Mehr 466,8 Tsd. EUR s.o.

Zu 04 04/518 01

2009 gegenüber 2008:

69,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
420,0 Tsd. EUR	mehr wegen zusätzlicher Anmietungen und Mietpreiserhöhungen
350,7 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 04/518 11

2009 gegenüber 2008:

13,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
11,7 Tsd. EUR	mehr Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung
1,3 Tsd. EUR	weniger

Zu 04 04/518 18

2009 gegenüber 2008:

Mehr 63,0 Tsd. EUR wegen Ausweitung des Bestandes an Leasingfahrzeugen (+20 Fahrzeuge) im Rahmen eines Modellprojektes.

Zu 04 04/519 01

Zu 04 04/519 01		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	9.475,7	9.475,7
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	400,0	400,0
Zusammen		9.875,7	9.875,7

2009 gegenüber 2008:

1.122,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
897,8 Tsd. EUR	mehr für unaufschiebbare Baumaßnahmen und Energiesparmaßnahmen
224,3 Tsd. EUR	weniger

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
525 01-9	052	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	2.300,0	2.300,0	A	1.900,2
					B	1.514,3
					C	1.258,2
525 02-8	052	Aus- und Fortbildung von Betreuern	115,1	115,1	A	127,0
					B	87,6
526 21-4	052	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 28 und 526 31 bis 526 33: Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>	62.157,3	61.987,7	A	62.202,3
					B	54.674,0
					C	53.077,5
526 22-3	052	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	20.000,0	22.000,0	A	18.000,0
					B	20.222,9
					C	18.839,8

Erläuterungen

Zu 04 04/525 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richter- akademie in Trier und Wustrau)	432,0	432,0
2. Fortbildung der Rechtspfleger	122,0	122,0
3. Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	84,2	84,2
4. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justiz- wachtmeisterdienstes und der Justizangestellten	192,5	192,5
5. Ausbildung der Referendare und Anwärter	495,4	495,4
6. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektro- nischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	776,7	776,7
7. Qualifizierungsoffensive	197,2	197,2
8. Sonstiges (vgl. Haushaltsvermerk)	-	-
	2.300,0	2.300,0

2009 gegenüber 2008:

211,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
610,9 Tsd. EUR	mehr wegen zusätzlichem Schulungsbedarf auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung. Ab dem Jahr 2009 werden die erforderlichen Reisekosten für Fortbildungen bei Tit. 525 01 veranschlagt.
399,8 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 04/525 02

Ersatz von Aufwendungen für Aus- und Fortbildung von Betreuern. Die erforderlichen Ausgabemittel waren bis einschließlich des Haushaltsjahres 2004 bei Titel 681 03 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:

14,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,2 Tsd. EUR	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung
11,9 Tsd. EUR	weniger

Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge 2007 bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

2009 gegenüber 2008:

45,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

169,6 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Titel 526 22:

2009 gegenüber 2008:

Mehr 2.000,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:

Mehr 2.000,0 Tsd. EUR nach der prognostizierten Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
526 23-2	052	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	16.000,0	16.000,0	A	16.000,0
					B	14.524,3
					C	14.528,6
526 24-1	052	Entschädigungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	136.310,0	138.310,0	A	130.000,0
					B	126.432,5
					C	120.544,7
526 25-0	052	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	380,0	380,0	A	190,0
					B	181,8
					C	174,7
526 26-9	052	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	13.230,0	13.230,0	A	13.300,0
					B	12.349,8
					C	12.846,7
526 27-8	052	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	10.800,0	11.900,0	A	9.000,0
					B	10.987,4
					C	10.323,9
526 28-7	011	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	86.800,0	91.100,0	A	78.300,0
					B	75.180,1
					C	71.081,8

Erläuterungen

Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 24:

2009 gegenüber 2008:

Mehr 6.310,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:

Mehr 2.000,0 Tsd. EUR nach der zu erwartenden Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 JGG, Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 190,0 Tsd. EUR für den Aufbau einer weiteren U-Haftvermeidungseinrichtung für Jugendliche.

Zu 04 04/526 26

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und §§ 136 ff. Kostenordnung. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KVGrKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 70,0 Tsd. EUR wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 27

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl I S. 689) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 1.800,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:

Mehr 1.100,0 Tsd. EUR nach der zu erwartenden Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 28

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1835, 1835a, 1836a, 1908i BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel waren bis einschließlich 2004 bei Tit. 681 02 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 8.500,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:

Mehr 4.300,0 Tsd. EUR nach der zu erwartenden Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
526 31-2	052	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	100,0	100,0	A	300,0
					B	97,7
					C	142,4
526 32-1	052	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	13.000,0	13.800,0	A	8.000,0
					B	11.228,7
					C	8.434,0
526 33-0	052	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	2.600,0	3.000,0	A	5.000,0
					B	2.275,1
					C	2.637,4
527 01-7	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.369,6	2.369,6	A	2.500,0
					B	2.019,8
					C	2.120,7
529 03-3	052	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,7	2,7	A	3,0
					B	3,0
					C	3,2
529 04-2	052	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,0	2,0	A	2,2
					B	2,2
					C	2,2
<u>529 05-1</u>	052	Zur Verfügung des Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg bzw. dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	- - -	8,0	A	
532 11-8	052	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	459,0	459,0	A	450,0
					B	202,0
					C	143,8
533 01-9	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	20,4	20,4	A	20,0
					B	1,7
					C	2,4
533 02-8	052	Besondere Kosten der Bewährungsaufsicht, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	430,7	430,7	A	410,0
					B	397,2
					C	409,2

Erläuterungen

Zu 04 04/526 31 bis 526 33

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung in der jeweils geltenden Fassung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 31

2009 gegenüber 2008:

Weniger 200,0 Tsd. EUR nach der prognostizierten Ausgabeentwicklung.

Titel 526 32:

2009 gegenüber 2008:

Mehr 5.000,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:

Mehr 800,0 Tsd. EUR nach der prognostizierten Ausgabeentwicklung.

Titel 526 33:

2009 gegenüber 2008:

Weniger 2.400,0 Tsd. EUR,

2010 gegenüber 2009:

Mehr 400,0 Tsd. EUR nach der prognostizierten Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/527 01

2009 gegenüber 2008:

450,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (277,8 Tsd. EUR) und Umschichtungen zu Gunsten Tit. 527 01 (172,2 Tsd. EUR)

319,6 Tsd. EUR mehr wegen der Erhöhung der Wegstreckenentschädigung

130,4 Tsd. EUR weniger

Zu 04 04/529 03

Verfügungsmittel für die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 0,3 Tsd. EUR wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/529 04

Verfügungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 0,2 Tsd. EUR wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/529 05

2010 gegenüber 2009:

Mehr 8,0 Tsd. EUR. Mit den veranschlagten Mitteln werden die im Jahr 2010 in Nürnberg stattfindende 62. Jahrestagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte und des Kammergerichts sowie des Bundesgerichtshofs und die voraussichtlich in München stattfindende Dienstbesprechung der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Bundes und der Länder finanziert.

Zu 04 04/533 02

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88, 89 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in § 68 StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 22,5 Tsd. EUR zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Veranschlagt sind:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- Kosten der ehrenamtlichen Bewährungshilfe
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 20,7 Tsd. EUR wegen zusätzlichem Bedarf im Bereich der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
						Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
533 03-7	052	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	60,0	60,0	A	60,0
					B	30,5
					C	31,8
546 49-8	052	Vermischte Verwaltungsausgaben	260,5	260,5	A	301,1
					B	320,2
					C	208,5
547 01-3	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen für die Durchführung der Internationalen Konferenz zur Korruptionsbekämpfung in Europa bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01.</i>	***	***	A	---
Ausgaben für den Schuldendienst						
575 01-8	920	Zinsen für hinterlegte Gelder	530,0	530,0	A	530,0
					B	618,9
					C	471,8
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-9	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	946,1	877,2	A	783,3
					B	622,1
					C	725,3
681 01-9	052	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	5.300,0	5.300,0	A	5.500,0
					B	5.074,8
					C	5.122,1

Erläuterungen

Zu 04 04/533 03

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Aschaffenburg, Ingolstadt, Augsburg, Ansbach und Memmingen in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schüलगremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schüलगremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Das Modell soll auf weitere Standorte ausgedehnt werden. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

Zu 04 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstouren, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. EUR sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 40,6 Tsd. EUR, u.a. infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (33,5 Tsd. EUR).

Zu 04 04/575 01

Rechtsgrundlage ist die Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 04 04/632 01

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Für die Pflege und Weiterentwicklung des EDV-Mahnverfahrens durch die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg sind die anteiligen Kosten zu erstatten. des weiteren bestehen für Pflege und Weiterentwicklung der Online-Antragsverfahren Online-Mahntrag und ProfiMahn Verpflichtungen gegenüber dem Land Bremen. Im Betrag sind auch die an das Land Berlin zu erstattenden Kostenanteile für die Entwicklung einer Automatisierungslösung und deren Betrieb im Rahmen des Europäischen Mahnverfahrens enthalten.
- e) Das Länderportal für Internetveröffentlichungen wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Veranschlagt ist der jährliche Anteil des Landes Bayern.
- f) Kosten für die Nutzung der vom Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Justiz-Auktionsplattform.

	2009	2010
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	Tsd. EUR
zu a)	145,3	145,3
zu b)	157,2	156,8
zu c)	113,5	115,0
zu d)	500,0	430,0
zu e)	24,0	24,0
zu f)	6,1	6,1
Zusammen	946,1	877,2

2009 gegenüber 2008:

Mehr 162,8 Tsd. EUR wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2010 gegenüber 2009:

Weniger 68,9 Tsd. EUR (s. oben).

Zu 04 04/681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 200,0 Tsd. EUR. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
684 01-6	052	Unterstützung von Initiativen nach § 46a Nr. 2 StGB	120,0	120,0	A	120,0
					B	66,6
					C	92,6
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	900,0	900,0	A	150,0

Erläuterungen

Zu 04 04/684 01

Nach § 155a StPO haben Staatsanwaltschaften und Gerichte die Aufgabe, in jedem Stadium des Verfahrens auf einen Ausgleich zwischen Täter und Opfer hinzuwirken. Durch die Unterstützung des Vereins "AUSGLEICH München e.V.", der im Modellprojekt "Schadenswiedergutmachung im Strafverfahren über anwaltliche Schlichtungsstellen" eine Schlichtungsstelle in München eingerichtet hat, soll dieser Aufgabe nachgekommen werden.

Zu 04 04/686 03

Das Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht sieht den Aufbau ambulanter Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Strafgefangene vor. Mit den veranschlagten Mitteln sollen im Rahmen eines Modellprojektes weitere ambulante Einrichtungen aufgebaut und finanziert werden.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 750,0 Tsd. EUR. Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln sollen in Nürnberg und im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg weitere Fachambulanzen eingerichtet und die bestehende Fachambulanz in München personell aufgestockt werden.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-5	052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.905,5	2.504,5	A	4.256,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR</i>			B	1.932,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR</i>			C	1.253,7
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
710 00-5	052	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	16.000,0	15.700,0	A	18.676,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR</i>			B	10.405,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR</i>			C	9.329,2
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

Erläuterungen

Zu 04 04/701 01

	Tsd. EUR
2009	
1. Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Westseite (1. Bauabschnitt)	250,0
2. Amtsgericht Memmingen Umbau und Sanierung des Eingangsbereichs	200,0
3. Amtsgericht Ebersberg, Bahnhofstraße 19 und 21 Brandschutzmaßnahmen	242,0
4. Landgericht Landshut Sanierung der Sanitäranlagen (1. Bauabschnitt)	241,0
5. Landgericht Traunstein, Bauteil B Sanierung der Vorführzellen, der Dacheindeckung inklusive Wärmedämmung, der Fassade inklusive Wärmedämmung und Erneuerung der Fenster	300,0
6. Amtsgericht Erding Errichtung eines barrierefreien Zugangs zum Gebäude	42,0
7. Amtsgericht Starnberg Instandsetzung der Gebäudedrainage (3. Bauabschnitt)	200,0
8. Amtsgericht Amberg, Baustadelgasse 1 Brandschutzmaßnahmen und Sanierung der Registraturräume	150,0
9. Landgericht Ansbach Behindertengerechte Sanierung des Eingangsbereichs	180,0
10. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 Sanierung des Daches und der Sitzungssäle (1. Bauabschnitt)	100,5
11. Landgericht Regensburg Brandschutzmaßnahmen (1. Bauabschnitt)	180,0
12. Zentraljustizgebäude Weiden Flachdachsanierung, Fassadenanstrich	300,0
13. Justizgebäude in Schweinfurt Sanierung im Bereich des Haupteingangs samt Treppe und Vorplatz, Sanierung der WC-Anlagen	190,0
14. Amtsgericht Kulmbach Erneuerung der Dacheindeckung	330,0
Zusammen	2.905,5

2010

1. Landgericht Kempten Fassaden- und Fenstersanierung Nordseite, Dachsanierung (2. Bauabschnitt)	350,0
2. Landgericht Landshut Sanierung der Sanitäranlagen (2. Bauabschnitt)	300,0
3. Landgericht Traunstein, Bauteil A Sanierung Fassade inklusive Wärmedämmung (1. Bauabschnitt)	540,0
4. Amtsgericht Freyung Sanierung der WC-Anlagen	66,0
5. Amtsgericht Rosenheim, Rathausstraße 32 Instandsetzung Fassade, Fensteranstrich, Anbringung eines Vordachs am Seiteneingang	43,5
6. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 Sanierung des Daches und der Sitzungssäle (2. Bauabschnitt)	250,0
7. Landgericht Regensburg Brandschutzmaßnahmen (2. Bauabschnitt)	200,0
8. Amtsgericht Schwandorf Einbau eines behindertengerechten Aufzugs	245,0
9. Justizgebäude II in Bayreuth Fertigstellung der Außenanlagen einschließlich Kanalsanierung	150,0
10. Amtsgericht Haßfurt Brandschutzmaßnahmen, behindertengerechte Erschließung (1. Bauabschnitt)	360,0
Zusammen	2.504,5

2009 gegenüber 2008:

1.550,8 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (851,3 Tsd. EUR) sowie Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2010 gegenüber 2009:

201,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-2	052	Erwerb von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0	A	37,7
					C	22,5
812 01-1	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.264,1	2.304,3	A	2.800,0
					B	2.933,9
					C	1.784,0
<u>812 04-8</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Neu-Ulm	124,2	119,2	A	
<u>812 09-3</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Rosenheim	55,8	260,8	A	
812 14-6	052	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	150,0	150,0	A	50,0
					B	42,6
					C	50,7

Erläuterungen

Zu 04 04/811 01

2009 Tsd. EUR

1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Transporter (Landgericht Augsburg)	30,0

2010

1. Erstbeschaffung -

2. Ersatzbeschaffung	
Pkw, 92 kW (Staatsanwaltschaft München I)	30,0

Zu 04 04/812 01

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geräte für Textautomation/Mikrocomputer	40,4	41,1
2. Telekommunikationsgeräte (ohne Telefax)	40,4	41,1
3. Kopierautomaten	161,8	164,7
4. EDV-gerechtes Mobiliar	404,3	411,5
5. Zeiterfassungsgeräte	165,8	168,7
6. Diktier- und Wiedergabegeräte	194,1	197,6
7. Maschinen und Geräte für den Bürobetrieb	242,6	246,9
8. Maschinen und Geräte für die Hausbewirtschaftung	161,7	164,6
9. Registratureinrichtungen	363,9	370,3
10. Kleinere Teilneuausstattungen	489,1	497,8
Zusammen	2.264,1	2.304,3

2009 gegenüber 2008:

311,1 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

224,8 Tsd. EUR weniger infolge Umschichtung innerhalb der HGr. 8

535,9 Tsd. EUR weniger

2010 gegenüber 2009:

Mehr 40,2 Tsd. EUR für die Durchführung zusätzlicher Ausstattungsmaßnahmen.

Zu 04 04/812 04

	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	243,4
Haushaltsbetrag 2009	124,2
Haushaltsbetrag 2010	119,2
Vorbehalten bleiben	-

Im Zusammenhang mit der bei 04 04/727 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm" werden für das Amtsgericht Neu-Ulm und die Zweigstelle Neu-Ulm der Staatsanwaltschaft Memmingen Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

Zu 04 04/812 09

	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	316,6
Haushaltsbetrag 2009	55,8
Haushaltsbetrag 2010	260,8
Vorbehalten bleiben	-

Für das Amtsgericht Rosenheim sind im Zusammenhang mit der bei 04 04/714 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim" Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

Zu 04 04/812 14

	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	5.095,2
Bis einschl. 2008 bewilligt	4.795,2
Haushaltsbetrag 2009	150,0
Haushaltsbetrag 2010	150,0
Vorbehalten bleiben	-

2009 gegenüber 2008:

5,6 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

105,6 Tsd. EUR mehr wegen der Fortführung der im Zusammenhang mit der Hochbaumaßnahme Justizgebäude Nürnberg, Bau- und Installationsmaßnahmen (Kap. 04 04 Tit. 730 35) erforderlichen Teilneu- und Ergänzungsausstattung. Die Durchführung der Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

100,0 Tsd. EUR mehr

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
812 15-5	052	Erwerb von verwaltungseigenen Femmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	180,0	180,0	A	130,0
					B	93,5
					C	7,9
812 19-1	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Amberg	---	90,0	A	50,0
					B	13,3
<u>812 20-8</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Straubing	186,9	---	A	
812 22-6	052	Teilneuausstattung der Bayer. Justizschule Pegnitz	---	***	A	166,0
					B	501,2
<u>812 23-5</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Bad Kissingen	230,0	---	A	

Erläuterungen

Zu 04 04/812 15

	Tsd. EUR
2009	
1. Ersatzbeschaffungen und Erweiterung von Telekommunikationsanlagen bei den Gerichten und Justizbehörden Nürnberg	60,0
2. Erweiterungen von Telekommunikationsanlagen bei Amtsgerichten in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von amtsgerichtlichen Zweigstellen mit den Hauptgerichten	120,0
Zusammen	180,0

2009 gegenüber 2008:

14,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
64,4 Tsd. EUR	mehr für zusätzliche Ausstattungsmaßnahmen
50,0 Tsd. EUR	mehr

2010

	Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffungen und Erweiterung von Telekommunikationsanlagen bei den Gerichten und Justizbehörden	60,0
2. Erweiterung von Telekommunikationsanlagen bei Amtsgerichten in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von amtsgerichtlichen Zweigstellen mit den Hauptgerichten	120,0
Zusammen	180,0

Zu 04 04/812 19

	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	385,0
Bis einschl. 2008 bewilligt	100,0
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	90,0
Vorbehalten bleiben	195,0

2009 gegenüber 2008:

Weniger 50,0 Tsd. EUR (inkl. 5,6 Tsd. EUR haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre). Die Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt der bei Kap. 04 04 Tit. 747 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme.

2010 gegenüber 2009:

Mehr 90,0 Tsd. EUR.

Zu 04 04/812 20

	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	186,9
Haushaltsbetrag 2009	186,9
Haushaltsbetrag 2010	-
Vorbehalten bleiben	-

Zur Behebung der Raumnot wurden dem Amtsgericht Straubing im Jahr 2008 von der Immobilien Freistaat Bayern Räume im staatseigenen Gebäude Schlossplatz 2 in Straubing zugewiesen. Derzeit werden die Räume saniert. Die Gebäude werden im Jahr 2009 von der Zweigstelle Straubing der Staatsanwaltschaft Regensburg bezogen. Das Mobiliar der staatsanwaltschaftlichen Zweigstelle verbleibt in den bisherigen Räumen und wird vom Amtsgericht Straubing weiter genutzt.

Zu 04 04/812 22

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/812 23

	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	230,0
Haushaltsbetrag 2009	230,0
Haushaltsbetrag 2010	-
Vorbehalten bleiben	-

Im Zuge der Umbaumaßnahmen des ehemaligen Finanzamtsgebäudes in Bad Kissingen für die Zwecke der Justiz sind Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
812 25-3	052	Teilneuausstattung Justizbehörden München	392,3	200,0	A B C	350,0 299,3 304,7
<u>812 27-1</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Bayreuth	26,0	105,0	A	
<u>812 28-0</u>	052	Teilneuausstattung des Justizgebäudes Ottostraße 5, Würzburg	---	2.000,0	A	
<u>812 30-6</u>	052	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	50,0	50,0	A	
<u>812 31-5</u>	052	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	500,0	200,0	A	

Erläuterungen

Zu 04 04/812 25	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	9.393,2
Bis einschließlich 2008 bewilligt	8.800,9
Haushaltsbetrag 2009	392,3
Haushaltsbetrag 2010	200,0
Vorbehalten bleiben	-

Die Mittel sind vor allem für Dienstzimmer- und Sitzungssaalausstattungen in den Münchner Justizgebäuden vorgesehen. Die Gesamtsumme erhöht sich wegen der Einbeziehung weiterer notwendiger Maßnahmen auf 9.393,2 Tsd. EUR.

2009 gegenüber 2008:

38,9 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

81,2 Tsd. EUR mehr wegen zusätzlichem Bedarf

42,3 Tsd. EUR mehr

2010 gegenüber 2009:

Weniger 192,3 Tsd. EUR wegen geringerem Bedarf.

Zu 04 04/812 28

Im Zusammenhang mit der bei 04 04/740 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Würzburg" werden für die Würzburger Justizbehörden Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

Zu 04 04/812 30

Die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Videovernehmungs- und -konferenzsystemen wird zunehmend notwendig, weil die Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt von den vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten, Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen, oder Verhandlungen mit Hilfe von Videokonferenzanlagen durchzuführen (u.a. §§ 58, 186 e, 247 a StPO), Gebrauch machen. Außerdem häufen sich Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland zur Vernehmung von Zeugen mittels Videokonferenzen. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können 5 weitere Anlagen beschafft werden.

Zu 04 04/812 31

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

2009 gegenüber 2008:

500,0 Tsd. EUR mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

2010 gegenüber 2009:

300,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-8	052	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.069,5 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 3.069,5 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2010 Tsd. EUR 1.269,5 2011 Tsd. EUR 600,0 2012 Tsd. EUR 600,0 2013 Tsd. EUR 600,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 769,5 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.407,4	6.407,8	A B C	8.426,6 7.394,7 6.985,7
514 99-5	052	Verbrauchsmittel	128,4	128,4	A B C	137,5 58,0 746,8

Erläuterungen

Zu 04 04/99

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der EDV erledigt oder werden DV-Verfahren entwickelt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (INKA, forumSTAR-Vollstreckung),
- Verfahren der Strafgerichte (STRAFTEXT, forumSTAR-Straf),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitungslösung TV-StA bzw. forumSTAR-Text),
- Vollstreckung der Erzwingungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle (ZERO),
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR, AGLB),
- Neuentwicklung eines datenbankgestützten EDV-Grundbuches,
- Mittelbewirtschaftung (MBS) und Budgetierung,
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SOLKOST, NACHKOST, forumSTAR),
- Justizverwaltung (VEWA, DIAPERS, Verwaltungsmanagementprogramm SeminarIS, DMS-Projekt ELDORA),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (JURIS) und beck-online,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FGG-Angelegenheiten,
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR);
elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung,
- Bewährungshilfe (RESODAT),
- Behördennetz.

Die Arbeiten erledigen grundsätzlich Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere Stellen in Anspruch genommen werden.

Bei dem Oberlandesgericht München hat die Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz justizinterne Aufgaben wahrzunehmen, die mit der Ausstattung sämtlicher Justizbehörden mit modernen Client-/Server-Systemen sowie der Entwicklung, Einführung, Betreuung und Pflege der neuen PC-Fachanwendungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zusammenhängen. Daneben obliegt ihr auch die Pflege und Wartung der so genannten Altverfahren.

Die Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz ist insgesamt mit 242 Bediensteten besetzt.

Für die Betreuung der vernetzten PC und PC-Fachanwendungen ist ferner als zentrale Anlaufstelle der Anwender die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg zuständig.

Rein technische Betriebs- und Betreuungsaufgaben (insbesondere Hardware, System- und Standardsoftware sowie Netz) sowie die im Wege der Ersatzbeschaffung auszurollenden PC und IT-Infrastruktur sind - unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz - auf externe Firmen verlagert.

Die Rechenzentrumsdienstleistungen werden

- vom Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord für den Bereich des Fachverfahrensbetriebs und
 - vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung - Rechenzentrum Süd für den Bereich der Webdienste, Virtuelle Poststelle und Rechtsreferendarausbildungssystem (RAS)
- vorgenommen.

Die bei den Verrechnungstitel Kap. 04 02 Tit. 981 11 (2009: 4,75 Tsd. EUR, 2010: 11,75 Tsd. EUR) und Kap. 04 02 Tit. 981 12 (2009: 1.131,0 Tsd. EUR, 2010: 1.130,6 Tsd. EUR) anzusetzenden Sachmittel sind mit den beiden Rechenzentren verhandelt worden und bei den Haushaltsansätzen in der Titelgruppe 99 bereits in Abzug gebracht worden.

Zu 04 04/511 99

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.251,5	1.200,2
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	4.364,2	4.250,5
3. Mieten und Wartung	769,3	934,4
4. Bücher und Zeitschriften	21,1	21,4
5. Sonstiges	1,3	1,3
Zusammen	6.407,4	6.407,8

2009 gegenüber 2008:

Weniger 2.019,2 Tsd. EUR aufgrund reduzierter Preise für die Behördennetzanbindungen und der Verrechnung mit den Rechenzentren bei den Verrechnungstiteln Kap. 04 02 Titel 981 11 und Kap. 04 02 Titel 981 12.

Zu 04 04/514 99

2009 gegenüber 2008:

Weniger 9,1 Tsd. EUR wegen der weitgehend abgeschlossenen Erstausrüstung. Die laufenden Verbrauchskosten sind bei Kap. 04 04 Tit. 511 01 veranschlagt.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	6	
						Tsd. EUR
518 99-1	052	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.844,5	1.844,5	A	1.969,0
					B	1.878,9
					C	1.898,2
519 99-0	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-2	052	Aus- und Fortbildung	159,5	159,5	A	241,7
					B	2,6
					C	1,4
526 99-1	052	Ausgaben für Sachverständige	10.514,9	10.571,4	A	9.503,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR</i>			B	15.208,4
		<i>3.182,0</i>			C	12.110,6
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 3.182,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2010 Tsd. EUR</i>				
		<i>1.398,0</i>				
		<i>2011 Tsd. EUR</i>				
		<i>1.284,0</i>				
		<i>2012 Tsd. EUR</i>				
		<i>500,0</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR</i>				
		<i>800,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
533 99-2	052	Nebenkosten der Datenverarbeitung	180,3	180,3	A	154,8
					B	43,5
					C	69,1
534 99-1	052	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	3.435,7	3.435,7	A	5.056,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR</i>			B	756,1
		<i>5.150,0</i>			C	1.794,3
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 5.150,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2010 Tsd. EUR</i>				
		<i>1.400,0</i>				
		<i>2011 Tsd. EUR</i>				
		<i>1.250,0</i>				
		<i>2012 Tsd. EUR</i>				
		<i>1.250,0</i>				
<u>632 99-2</u>	052	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch)	---	---	A	
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02.</i>				
815 99-1	052	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	9.720,0	9.670,0	A	7.571,1
					B	6.001,6
					C	8.688,0
981 99-9	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen anderer Staatsbehörden oder öffentlich-rechtlicher Einrichtungen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			32.390,7	32.397,6	A	33.060,3
					B	31.344,0
					C	32.294,1
Gesamtausgaben			1.118.276,7	1.142.607,5	A	1.072.800,4
					B	1.040.229,5
					C	1.023.470,4

Erläuterungen

Zu 04 04/518 99

Für die Nutzung des Rechenzentrums der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) für das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren und seine Online-Anwendungen TAR/WEB und Optimahn ist Miete zu entrichten.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 124,5 Tsd. EUR aufgrund der Verhandlungsergebnisse bei Neuvergabe.

Zu 04 04/525 99

2009 gegenüber 2008:

Weniger 82,2 Tsd. EUR aufgrund der abgeschlossenen Ausstattung der Arbeitsplätze und der hierdurch weniger werdenden Anwendungsschulungen im Bereich der Basisprogramme. Die erforderlichen Ausgabemittel für Schulungen im Bereich der Fachverfahren sind bei Kap. 04 04 Tit. 525 01 veranschlagt.

Zu 04 04/526 99

2009 gegenüber 2008:

Mehr 1.011,4 Tsd. EUR für Kosten für die externen Leistungen (Outsourcing) beim IT-Betrieb, PC- und Server-Ersatzbeschaffungen und User-Help-Desk sowie für notwendige Sachverständigenleistungen. Betriebsdienstleistungen werden über Kap. 04 04 Tit. 511 99 abgerechnet.

2010 gegenüber 2009:

Mehr 56,5 Tsd. EUR aufgrund der Neustrukturierung im Rahmen der Ersatzbeschaffungen der LAN-Infrastruktur.

Zu 04 04/533 99

2009 gegenüber 2008:

Mehr 25,5 Tsd. EUR aufgrund des ansteigenden Bedarfs an Transporten und Fachliteratur.

Zu 04 04/534 99

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	423,8	423,8
2. Softwareentwicklung durch Dritte	2.942,5	2.942,5
3. Sonstiges	69,4	69,4
Zusammen	3.435,7	3.435,7

2009 gegenüber 2008:

Weniger 1.620,4 Tsd. EUR aufgrund der weitestgehend abgeschlossenen Programmierarbeiten in den Fachverfahren forumSTAR, RegisSTAR, SolumSTAR und web.sta sowie des niedrigeren Erfassungsaufwands im Fachverfahren AUGEMA.

Zu 04 04/632 99

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachverfahren gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR und bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch.

Zu 04 04/815 99

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Dokumentenmanagementverfahren	168,4	262,5
2. Geschäftsstellenautomation bei den Staatsanwaltschaften	273,7	143,5
3. Geschäftsstellenautomation bei den Grundbuchämtern und Registergerichten	1.381,2	1.431,3
4. Mahnverfahren	88,4	74,4
5. Verfahrensbereiche forumSTAR einschl. Infrastruktur (Zivilsachen, Familiensachen, Strafsachen bei Gerichten, Vollstreckungssachen, Nachlassgerichte, Vormundschaftssachen, Bewährungshilfe-angelegenheiten, Verwaltungssachen)	7.808,3	7.758,3
Zusammen	9.720,0	9.670,0

2009 gegenüber 2008:

Mehr 2.148,9 Tsd. EUR aufgrund der vorzunehmenden Ersatzbeschaffungen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	793.880,0	804.480,0	A	773.972,5
					B	961.896,2
					C	728.453,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	105,0	105,0	A	105,0
					B	91,1
					C	119,2
		Gesamteinnahmen	793.985,0	804.585,0	A	774.077,5
					B	961.987,3
					C	728.572,9
		Personalausgaben	613.949,5	627.080,9	A	585.439,5
					B	581.759,1
					C	583.344,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	463.716,3	474.235,6	A	446.190,5
					B	429.864,5
					C	412.167,9
		Ausgaben für den Schuldendienst	530,0	530,0	A	530,0
					B	618,9
					C	471,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.266,1	7.197,2	A	6.553,3
					B	5.763,5
					C	5.940,0
		Baumaßnahmen	18.905,5	18.204,5	A	22.932,3
					B	12.338,2
					C	10.582,9
		Sonstige Sachinvestitionen	13.909,3	15.359,3	A	11.154,8
					B	9.885,4
					C	10.963,3
		Gesamtausgaben	1.118.276,7	1.142.607,5	A	1.072.800,4
					B	1.040.229,5
					C	1.023.470,4
		Zuschuss	324.291,7	338.022,5	A	298.722,9
					B	78.242,2
					C	294.897,5

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	8,0	8,0	A	8,0
					B	8,1
					C	8,3
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	1,0	1,0	A	1,0
					B	1,0
					C	2,5
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	30,0	30,0	A	30,0
					B	126,3
					C	22,7
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	630,0	630,0	A	600,0
					B	623,2
					C	660,2
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2.450,0	2.450,0	A	2.430,0
					B	2.442,2
					C	2.430,5
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen bis zur Höhe von 1.000,0 Tsd. EUR erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 Tit. 514 72 zu 100 %, darüber hinaus gehende Mehreinnahmen bis zur Höhe von insgesamt 10 % des Haushaltsansatzes erhöhen diese Ausgabebefugnis zu 50 %.</i> <i>Leistungen der Arbeitsbetriebe und der Arbeitseinsatz von Gefangenen dürfen für die in der Bekanntmachung vom 23. Sept. 1997 (JMBl S. 132) genannten Bezugsberechtigten nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	47.600,0	47.600,0	A	45.500,0
					B	47.560,1
					C	44.966,6
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	520,0	520,0	A	525,0
					B	507,7
					C	496,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	300,0	300,0	A	200,0
					B	316,8
					C	628,4
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	100,0	100,0	A	300,0
					B	57,6
					C	115,7
235 12-4	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk zu 428 12.</i>	---	---	A	---
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	55,0	55,0	A	55,0
					B	54,9
					C	51,8
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	40,0	40,0	A	1,0
					B	51,2
					C	44,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Untersuchungshaftvollzugsordnung in der Fassung vom 15. Dezember 1976 (JMBl 1977 S. 49), in den jeweils geltenden Fassungen.

Zu 04 05/111 01 bis 125 01

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde. Bei Titel 125 01 wurde die voraussichtliche Entwicklung der Auftragslage der Arbeitsbetriebe berücksichtigt.

Zu 04 05/111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 04 05/119 49

2009 gegenüber 2008:

Mehr 30,0 Tsd. EUR aufgrund Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.930,0	1.930,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	380,0	380,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	50,0	50,0
Sonstige Einnahmen	90,0	90,0
Zusammen	2.450,0	2.450,0

Zu 04 05/125 01

Vgl. Titelgruppe 72 (Ausgaben).

2009 gegenüber 2008:

Mehr 2.100,0 Tsd. EUR wegen verbesserter Auftragslage und Anpassung an die Preisentwicklung.

Zu 04 05/125 02

Vgl. Titel 514 21.

Zu 04 05/231 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

2009 gegenüber 2008:

Mehr 100,0 Tsd. EUR.

Zu 04 05/232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 200,0 Tsd. EUR wegen sinkender Fallzahlen.

Zu 04 05/236 01

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

Zu 04 05/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 39,0 Tsd. EUR aufgrund Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
1	2	3	Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
			4	5		Tsd. EUR
						6
Titelgruppen						
73 Arbeitstherapeutische Abteilung in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech						
119 73-1	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
124 73-4	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	45,0	45,0	A	43,0
					B	46,6
					C	43,7
125 73-3	056	Einnahmen aus der Arbeit der Arbeitstherapeutischen Abteilung <i>Leistungen des Arbeitsbetriebs und der Arbeitseinsatz von Gefangenen dürfen für die in der Bekanntmachung vom 23. Sept. 1997 (JMBI S. 132) genannten Bezugsberechtigten nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	200,0	200,0	A	162,0
					B	231,3
					C	238,6
Summe der Titelgruppe			245,0	245,0	A	205,0
					B	277,8
					C	282,3
Gesamteinnahmen			51.979,0	51.979,0	A	49.855,0
					B	52.027,1
					C	49.709,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	056	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	150.462,4	158.842,9	A	134.380,7
					B	136.277,1
					C	133.839,8
422 11-8	056	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A	9.946,1
					B	6.121,5
					C	7.697,6
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	2.263,0	2.310,5	A	2.178,4
					B	2.158,3
					C	1.730,1
422 31-4	056	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	31,0	31,6	A	133,3
					B	29,6
					C	120,7
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	451,8
					C	266,2
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	220,0	220,0	A	175,0
					B	208,8
					C	247,7
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	20,0	20,0	A	19,4
					B	19,5
					C	20,0
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	33.037,1	33.736,9	A	31.994,0
					B	14.153,8
					C	31.972,9

Erläuterungen

Zu 04 05/125 73

Vgl. Titelgruppe 73 (Ausgaben).

2009 gegenüber 2008:

Mehr 38,0 Tsd. EUR aufgrund verbesserter Auftragslage.

Zu 04 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Davon		
Erschwerniszulagen	1.800,0	1.800,0

Zu 04 05/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 04 05/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 05/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 05/427 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Vergütungen für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	110,2	110,2
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	109,8	109,8
Zusammen	220,0	220,0

2009 gegenüber 2008:

Mehr 45,0 Tsd. EUR wegen steigendem Bedarf.

Zu 04 05/427 41

Veranschlagt ist das Entgelt für 2 Berufspraktikanten.

Zu 04 05/428 01 (und 428 11, 428 15)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
428 07-8	056	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmer-Budget))	---	---	A	---
					B	17.656,9
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	1.332,3	1.360,5	A	1.044,0
					B	843,2
					C	218,0
428 12-1	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	1.979,3	2.021,2	A	1.979,8
					B	1.905,8
					C	2.024,1
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	72,3
					C	46,5
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	400,0	400,0	A	500,0
					B	378,4
					C	396,3
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	056	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.600,0	1.600,0	A	1.615,1
					B	1.308,7
					C	1.541,5
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	380,0	380,0	A	335,0
					B	381,6
					C	396,7

Erläuterungen

Zu 04 05/428 11

Veranschlagt sind Mittel für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 288,3 Tsd. EUR aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

2010 gegenüber 2009:

Mehr 28,2 Tsd. EUR für die Beschäftigung von Arbeitnehmern in den sozialtherapeutischen Abteilungen.

Zu 04 05/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2010 gegenüber 2009:

Mehr 41,9 Tsd. EUR aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	270,0	270,0
2. Umzugskostenvergütungen	130,0	130,0
Zusammen	400,0	400,0

2009 gegenüber 2008:

Weniger 100,0 Tsd. EUR infolge des Rückgangs der Abordnungen.

Zu 04 05/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	454,3	454,3
2. Bücher und Zeitschriften	100,3	100,3
3. Kommunikation	314,9	314,9
4. Entgelte für Postdienstleistungen	232,9	232,9
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	442,3	442,3
6. Sonstiges	55,3	55,3
Zusammen	1.600,0	1.600,0

2009 gegenüber 2008:

88,9 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

73,8 Tsd. EUR mehr wegen Preissteigerungen

15,1 Tsd. EUR weniger

Zu 04 05/511 22

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Waffen und Schutzmasken.

2009 gegenüber 2008:

15,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

60,0 Tsd. EUR mehr wegen gestiegenem Bedarf

45,0 Tsd. EUR mehr

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	400,0	400,0	A	275,0
					B	378,1
					C	349,1
514 02-8	056	Beschaffung von Munition	57,0	57,0	A	46,0
					B	51,8
					C	48,5
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	1.300,0	1.300,0	A	1.250,0
					B	1.187,6
					C	1.129,5
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	400,0	400,0	A	400,0
					B	375,3
					C	380,3
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.621,2	6.621,2	A	6.500,0
					B	6.445,2
					C	6.455,4
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	13.813,2	13.813,2	A	12.700,0
					B	11.543,7
					C	11.583,1
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	8,0	8,0	A	6,0
					B	7,1
					C	6,8

Erläuterungen

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	200,0	200,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0	200,0
Zusammen	400,0	400,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung		
Kosten wie vor	400,0	400,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	187,0	247,0
Ausgaben für Leasing/Miete	17,5	17,5
Zusammen	604,5	664,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008		
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet	
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	49	49	49	49	4	-
Lastkraftwagen, Transporter	25	25	25	25	-	-

2009 gegenüber 2008:			
30,6 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre	
155,6 Tsd. EUR	mehr	wegen stark gestiegenen Betriebs- und Wartungskosten	
125,0 Tsd. EUR	mehr		

2009 gegenüber 2008:			
5,1 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre	
16,1 Tsd. EUR	mehr	wegen Preissteigerungen	
11,0 Tsd. EUR	mehr		

Zu 04 05/514 11
Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstungen von Bediensteten mit Dienstkleidung sowie Beschaffung, Instandsetzung und Ergänzung staatseigener Ausrüstungsgegenstände und zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

2009 gegenüber 2008:			
34,4 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre	
84,4 Tsd. EUR	mehr	wegen Stellenmehrungen	
50,0 Tsd. EUR	mehr		

Zu 04 05/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:			
100,0 Tsd. EUR	mehr	wegen steigender Kommunalgebühren	
21,2 Tsd. EUR	mehr	- Umsetzung aus Epl. 13 (IMBY)	
121,2 Tsd. EUR	mehr		

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	9.113,2	9.113,2
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	4.700,0	4.700,0
Zusammen	13.813,2	13.813,2

2009 gegenüber 2008:			
1.100,0 Tsd. EUR	mehr	wegen steigender Energiepreise	
13,2 Tsd. EUR	mehr	- Umsetzung aus Epl. 13 (IMBY)	
1.113,2 Tsd. EUR	mehr		

2009 gegenüber 2008:			
1,2 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre	
3,2 Tsd. EUR	mehr	wegen Anpassung an den Bedarf	
2,0 Tsd. EUR	mehr		

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	22,0	22,0	A	20,0
					B	19,3
					C	18,4
518 18-6	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	17,5	17,5	A	4,0
					B	4,2
					C	1,8
518 31-9	056	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.093,5	9.093,5	A	9.300,0
					B	8.898,1
					C	7.343,6
<u>520 01-1</u>	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership	847,0	2.014,4	A	

Erläuterungen

Zu 04 05/518 11

2009 gegenüber 2008:

0,6 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,6 Tsd. EUR	mehr wegen Preissteigerungen
<u>2,0 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 04 05/518 18

Die Kosten für Leasing von Dienstfahrzeugen sind seit dem Doppelhaushalt 2005/2006 hier veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:

0,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
14,3 Tsd. EUR	mehr wegen vermehrter Inanspruchnahme des Leasings
<u>13,5 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 04 05/519 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	9.093,5	9.093,5
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	<u>9.093,5</u>	<u>9.093,5</u>

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nach dem festgestellten Baubedarf am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für unabwiesbare Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

2009 gegenüber 2008:

1.033,2 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
826,7 Tsd. EUR	mehr wegen stark gestiegenen Baubedarfs infolge hoher Beanspruchung der Bausubstanz aufgrund der anhaltenden Überbelegung der Justizvollzugsanstalten, unabwiesbarer Aufwendungen für Kanalsanierungen und Brandschutzmaßnahmen sowie Inbetriebnahme von zusätzlichem Gebäudebestand.
<u>206,5 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 04 05/520 01

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung der Raten für die Finanzierungs- und Betriebskosten im Rahmen des PPP-Projekts (Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt) der Justizvollzugsanstalt München benötigt (vgl. Tit. 823 10 und 710 16).

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer <i>Zu 525 01 und 525 02: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	330,0	330,0	A B C	255,0 322,6 270,2
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	25,0	25,0	A B C	18,0 23,2 23,5
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	220,2	220,2	A B C	210,0 172,2 144,5

Erläuterungen

Zu 04 05/525 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	12,0	12,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	7,0	7,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	8,0	8,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	10,0	10,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	10,0	10,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen und Sozialarbeiter	28,0	28,0
7. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	15,0	15,0
8. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,0	8,0
9. Seminare über Aidsprobleme	5,0	5,0
10. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	10,0	10,0
11. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	10,0	10,0
12. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	8,0	8,0
13. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	20,0	20,0
14. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	12,0	12,0
15. Seminare für Funktionsbeamte	10,0	10,0
16. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	33,0	33,0
17. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	8,0	8,0
18. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	8,0	8,0
19. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	3,0	3,0
20. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	15,0	15,0
21. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	15,0	15,0
22. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	12,0	12,0
23. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	7,0	7,0
24. Seminare über Belastungen und Konflikte infolge von Überbelegung	7,0	7,0
25. Seminare über Umweltschutz	9,0	9,0
26. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	3,0	3,0
27. Lehr- und Lernmittel	9,0	9,0
28. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule)	3,0	3,0
29. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	25,0	25,0
Zusammen	330,0	330,0

2009 gegenüber 2008:

28,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
103,3 Tsd. EUR	mehr wegen des gestiegenen Fortbildungsbedarfs nach Einführung des Bayer. Strafvollzugsgesetzes
<u>75,0 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 04 05/525 02

2009 gegenüber 2008:

2,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
9,0 Tsd. EUR	mehr wegen erhöhtem Schulungsbedarf
<u>7,0 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 04 05/527 01

2009 gegenüber 2008:

23,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
33,5 Tsd. EUR	mehr wegen Preissteigerungen
<u>10,2 Tsd. EUR</u>	mehr

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	76,5	76,5	A	75,0
					B	66,3
					C	54,0
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	200,0	200,0	A	170,0
					B	181,5
					C	146,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	424,5	424,5	A	380,0
					B	356,8
					C	342,0
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	1,0
					C	7,8

Erläuterungen

Zu 04 05/533 01

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrische Abteilung der Justizvollzugsanstalt Straubing und in das Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt München.

Zu 04 05/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können bis zu 2,5 Tsd. EUR für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

2009 gegenüber 2008:

18,9	Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
48,9	Tsd. EUR	mehr	wegen Anpassung an den Bedarf
30,0	Tsd. EUR	mehr	

Zu 04 05/681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

Zu 04 05/681 02

Die Mittel dienen zur Unterstützung der Gefangenen, insbesondere bei ihrer Entlassung.

Von den Mitteln können jährlich bis zu 206,5 Tsd. EUR über Einrichtungen der Straftlassenenhilfe ausgereicht werden.

2009 gegenüber 2008:

7,8	Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
52,3	Tsd. EUR	mehr	zur Förderung von Eheseminaren
44,5	Tsd. EUR	mehr	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5.100,0	5.200,0	A	7.000,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR</i>			B	4.423,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR</i>			C	3.923,4
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

Erläuterungen**Zu 04 05/701 01**

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Justizvollzugsanstalt Aichach; Umbau des Unterkunftsgebäudes (D-Flügel).	90,0	-
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Sanierung der Außenfassade (Unterkunftsgebäude F/G). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	-	150,0
3. Justizvollzugsanstalt Augsburg; Brandschutzmaßnahmen.	200,0	200,0
4. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Erneuerung der Heizungsanlage. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	210,0	200,0
5. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Erneuerung der Dampfkesselanlage im Versorgungszentrum (Anstalt I). Die Maßnahme dient der Energieeinsparung.	400,0	250,0

Erläuterungen

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
6. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Brandschutzmaßnahmen.	100,0	100,0
7. Justizvollzugsanstalt Bernau; Sanierung des Unterkunftsgebäudes (Haus 9). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	300,0	300,0
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Aufstockung des Heizungsgebäudes und Erneuerung des Daches, Dachsanierung (Verwaltungsgebäude II). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	250,0	220,0
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung technischer Anlagen. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	250,0	250,0
10. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Instandsetzung der Dächer. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	210,0	250,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umbaumaßnahmen im Hauptbau (Ostgang Nord).	50,0	-
12. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Kommunikationsanlage. (Unterkunftsgebäude I und Konventbau).	-	440,0
13. Justizvollzugsanstalt Erding; Brandschutzmaßnahmen, Umbau und Sanierung.	250,0	450,0
14. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Innenhöfe zwischen A-/B-Flügel und B- /C-Flügel des Unterkunftsgebäudes.	100,0	100,0
15. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Umbaumaßnahmen im Abteigebäude (Nordflügel).	200,0	140,0
16. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Ersatzstromversorgung.	-	600,0
17. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Außenstelle Rothenfeld).	500,0	400,0
18. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Instandsetzungsmaßnahmen (Außenstelle Rothenfeld). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	340,0	-
19. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Instandsetzungsmaßnahmen (Unterkunftsgebäude H). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	200,0	-
20. Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn; Erneuerung der Fenster- und Fenstergitter, Fassadensanierung, Brandschutzmaßnahmen. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	300,0	300,0
21. Justizvollzugsanstalt München; Instandsetzungsmaßnahmen (Anstaltskirche). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	220,0	-
22. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung des Küchenbodens.	440,0	-
23. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Synchronisierung der Ersatzstromversorgung.	100,0	-
24. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung von Flachdächern.	190,0	250,0
25. Justizvollzugsanstalt Straubing; Sanierung des Dienstwohngebäudes 98 E. Die Maßnahme dient der Energieeinsparung.	-	300,0
26. Justizvollzugsschule Straubing; Erweiterung und Umbau (IT-Leitstelle).	200,0	100,0
27. Justizvollzugsanstalt Traunstein; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	-	200,0
Zusammen	5.100,0	5.200,0

2009 gegenüber 2008:

Weniger 1.900,0 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (1.400,0 Tsd. EUR) sowie Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 26.950,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 26.950,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	15.500,0	18.300,0	A	23.724,0
					B	23.625,5
					C	11.574,4
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	187,0	247,0	A	160,0
					B	182,9
					C	142,2
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	362,7	362,7	A	400,0
					B	285,0
					C	262,7
812 02-7	056	Erstausstattung der Kranken-, der Mutter-Kind-Abteilung, der Abteilung für den offenen Vollzug und des neuen Seminargebäudes mit Wohnheim der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	---	A	---
					B	90,3
					C	30,0

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01**2009**

Tsd. EUR

1. Erstbeschaffung

Pkw-Kombi, 75 kW	35,0
Gefangenentransporter, 80 kW	38,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Gefangenentransporter, 62 kW, Baujahr 1999	
Transporter, 55 kW, Baujahr 1999	
Kommunaltraktor, 17 kW, Baujahr 1986	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
Gefangenentransporter, 55 kW	35,0
Transporter, 77 kW	39,0
Kommunaltraktor, 22 kW	40,0

Zusammen 187,0**2010**

Tsd. EUR

1. Erstbeschaffung

Transporter, 80 kW	38,0
Pkw-Kombi, 70 kW	28,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Pkw, 74 kW, Baujahr 2000	
Pkw-Kombi, 74 kW, Baujahr 1999	
Pkw-Kombi, 88 kW, Baujahr 2001	
Pkw-Kombi, 50 kW, Baujahr 2002	
Pkw-Kombi, 65 kW, Baujahr 2002	
Lkw, 102 kW, Baujahr 1996	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
Pkw, 72 kW	22,0
Pkw-Kombi, 67 kW	25,0
Pkw-Kombi, 74 kW	25,0
Pkw-Kombi, 74 kW	38,0
Lkw, 110 kW	71,0

Zusammen 247,0

2009 gegenüber 2008:

17,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.
44,8 Tsd. EUR	mehr wegen hohem Ersatzbedarf
<u>27,0 Tsd. EUR</u>	mehr

2010 gegenüber 2009:

Mehr 60,0 Tsd. EUR.

Zu 04 05/812 01**2009****2010**

Tsd. EUR Tsd. EUR

Zeiterfassungssysteme	10,0	10,0
Büroausstattungen	181,2	190,0
Geräte für Personalküchen	81,5	62,7
Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich	90,0	100,0
Zusammen	<u>362,7</u>	<u>362,7</u>

2009 gegenüber 2008:

44,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
7,1 Tsd. EUR	mehr wegen Preissteigerungen
<u>37,3 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 04 05/812 02

Die Maßnahme wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 350,1 Tsd. EUR abgeschlossen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
812 03-6	056	Neuausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	---	A	---
812 04-5	056	Erstausstattung der privatfinanzierten Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung und Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München	1.100,0	100,0	A B	1.800,0 76,5
<u>812 07-2</u>	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	---	100,0	A	
812 09-0	056	Neuausstattung des Erweiterungsbaus der Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg	---	---	A	120,0
812 11-6	056	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	80,0	A	---
812 12-5	056	Teilneu- und Ergänzungsausstattung des Bäckereibetriebes der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	***	***	A C	---
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	300,0	230,0	A	---
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	10,0	10,0	A	10,0
812 16-1	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Kempten	***	***	A C	---
812 18-9	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Landshut	1.100,0	300,0	A B	1.700,0 965,7

Erläuterungen

Zu 04 05/812 03	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	750,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	-
Vorbehalten bleiben	750,0
Die neu zu errichtende Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).	
Zu 04 05/812 04	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	3.600,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	2.400,0
Haushaltsbetrag 2009	1.100,0
Haushaltsbetrag 2010	100,0
Vorbehalten bleiben	-
Der Neubau der privatfinanzierten Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung und Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München muss erstmals ausgestattet werden (vgl. 04 05/823 10).	
Zu 04 05/812 07	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	500,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	100,0
Vorbehalten bleiben	400,0
Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.	
Zu 04 05/812 09	
Die Maßnahme wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 170,0 Tsd. EUR abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 11	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	280,0
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	80,0
Vorbehalten bleiben	240,0
Die umgebaute und teilerneuerte Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth muss neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 12	
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 13	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	1.356,9
Haushaltsbetrag 2009	300,0
Haushaltsbetrag 2010	230,0
Vorbehalten bleiben	1.113,1
Die verbrauchte maschinelle Ausstattung der Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth muss dringend erneuert und ergänzt werden.	
Zu 04 05/812 15	
Kleinere Maßnahmen, insbesondere Erweiterung unzureichender oder Kauf gemieteter Fernsprechanlagen.	
2009 gegenüber 2008:	
1,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1,1 Tsd. EUR	mehr wegen Preissteigerungen
- Tsd. EUR	
Zu 04 05/812 16	
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 18	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	8.100,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	6.700,0
Haushaltsbetrag 2009	1.100,0
Haushaltsbetrag 2010	300,0
Vorbehalten bleiben	-
Der Neubau der Justizvollzugsanstalt Landshut (vgl. 04 05/721 10) muss ausgestattet werden.	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
812 20-5	056	Neuausstattung der sanierten Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	---	---	A	---
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	70,0	80,0	A	400,0
					B	184,5
					C	112,0
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	240,0	220,0	A	400,0
					B	23,1
					C	179,0
<u>812 24-1</u>	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	---	150,0	A	
812 27-8	056	Teilneuausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	---	---	A	---
<u>812 33-0</u>	056	Ausstattung der neu zu errichtenden Sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewaltstraftäter, der neu zu errichtenden Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten sowie damit verbundener Maßnahmen	700,0	300,0	A	
812 34-9	056	Erst- und Neuausstattung der neuen Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	30,0	120,0	A	---
					B	59,4
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	---	---	A	80,0
					B	64,0
					C	56,0

Erläuterungen

Zu 04 05/812 20	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	100,0
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	-
Vorbehalten bleiben	500,0
Die sanierte Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 21	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	2.800,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	2.350,0
Haushaltsbetrag 2009	70,0
Haushaltsbetrag 2010	80,0
Vorbehalten bleiben	300,0
Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.	
Zu 04 05/812 22	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	2.300,0
Haushaltsbetrag 2009	240,0
Haushaltsbetrag 2010	220,0
Vorbehalten bleiben	240,0
Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.	
Zu 04 05/812 24	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	150,0
Vorbehalten bleiben	2.850,0
Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 27	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	400,0
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	-
Vorbehalten bleiben	200,0
Die verbrauchte Ausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muss teilweise erneuert werden.	
Zu 04 05/812 33	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahmen	3.100,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2009	700,0
Haushaltsbetrag 2010	300,0
Vorbehalten bleiben	2.100,0
Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.	
Zu 04 05/812 34	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	1.600,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	1.080,0
Haushaltsbetrag 2009	30,0
Haushaltsbetrag 2010	120,0
Vorbehalten bleiben	370,0
Die Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muss der technischen Entwicklung entsprechend fortlaufend neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 37	Tsd. EUR
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2008 bewilligt	1.584,8
Haushaltsbetrag 2009	-
Haushaltsbetrag 2010	-
Vorbehalten bleiben	415,2
Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
812 39-4	056	Teil- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Nürnberg und der Außenstelle Lichtenau	---	---	A B C	70,0 49,4 80,6
812 41-0	056	Erstausstattung der Abteilung für Sozialtherapie und Teilneuausstattung der Gefangenenküche und des Anstaltskrankenhauses der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A B	40,0 45,6
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	2.121,1	2.121,1	A B C	2.300,0 1.570,4 1.556,7
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ansätze der Anlage S/ Epl. 04.</i>	2.042,2	874,8	A	---
823 11-3	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Justizvollzugsanstalt in Augsburg im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP) <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ansätze der Anlage S/ Epl. 04. Die Verpflichtungsermächtigung ist einseitig deckungsfähig zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen der Anlage S/ Epl. 04. Sofern die Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2009 nicht in Anspruch genommen wird, gilt sie abweichend von Art. 38 BayHO in Verbindung mit Art. 45 BayHO für das Haushaltsjahr 2010 fort. Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 219.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	---
<u>823 12-2</u>	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	---	A	
Titelgruppen						
71 Gefangenepflege						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	45,9	45,9	A B C	45,0 45,6 46,7
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	760,0	760,0	A B C	740,0 764,6 733,6
511 71-7	056	Bücher und Zeitschriften, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.900,0	2.900,0	A B C	3.320,0 2.776,1 2.380,2

Erläuterungen

Zu 04 05/812 39

Die Maßnahme wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 415,7 Tsd. EUR abgeschlossen.

Zu 04 05/812 41

Die Maßnahme wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 332,3 Tsd. EUR abgeschlossen.

Zu 04 05/812 48

Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten, u.a. Mobilfunkblockern, soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

2009 gegenüber 2008:

255,5 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
76,6 Tsd. EUR	mehr	wegen des notwendigen Austausches der ersten Generation der elektronischen Sicherheitssysteme und der Erstbeschaffung von Mobilfunkblockern
<u>178,9 Tsd. EUR</u>	weniger	

Zu 04 05/823 10

Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP) realisiert. Mit der Durchführung dieses Pilotprojekts soll die Wirtschaftlichkeit von PPP-Modellen im Hochbau erprobt werden. Das PPP-Modell umfasst die Planung, den Bau und die Vorfinanzierung des Gefängnisneubaus sowie die Übernahme der Energie-/ Medienlieferung und -versorgung sowie des Betriebs der technischen Anlagen durch einen privaten Investor. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 52,5 Mio. EUR. Die Laufzeit des PPP-Projekts beträgt 20 Jahre. Zahlungen werden nach Fertigstellung und Abnahme der Baumaßnahme, erstmals im Haushaltsjahr 2009, fällig. Die hier veranschlagten Raten umfassen die investiven Kosten. Die Raten für die Finanzierungs- und Betriebskosten sind bei Tit. 520 01 veranschlagt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat dem Pilotprojekt in seiner Sitzung am 22.02.2006 zugestimmt.

Zu 04 05/823 11

Der Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Gablingen (Landkreis Augsburg) soll als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP) realisiert werden. Mit der Durchführung dieses Pilotprojekts soll die Wirtschaftlichkeit von PPP-Modellen im Hochbau erprobt werden. Um entsprechende Verträge eingehen zu können, ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 219.000,0 Tsd. EUR zu veranschlagen.

Zu 04 05/823 12

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und hohe Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

Zu 04 05/412 71

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 04 05/427 71

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 20,0 Tsd. EUR wegen steigender Vergütungen.

Zu 04 05/511 71

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Bücher und Zeitschriften	50,0	50,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 13.000 Gefangene	1.650,0	1.650,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.100,0	1.100,0
4. Sonstiges	100,0	100,0
Zusammen	<u>2.900,0</u>	<u>2.900,0</u>

2009 gegenüber 2008:

137,8 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
<u>282,2 Tsd. EUR</u>	weniger	wegen organisatorischer Verbesserungen
420,0 Tsd. EUR	weniger	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
514 71-4	056	Lebensmittel, andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	15.870,0	15.870,0	A	14.500,0	
					B	14.886,6	
					C	14.517,4	
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	455,0	455,0	A	500,0	
					B	388,2	
					C	254,0	
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung	255,0	255,0	A	250,0	
					B	247,3	
					C	258,5	
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	6.800,0	6.800,0	A	6.427,5	
					B	6.537,3	
					C	6.210,4	
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	570,0	570,0	A	180,0	
					B	507,9	
					C	511,7	
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	150,0	150,0	A	300,0	
					B	151,4	
					C	197,2	
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann bis zur Höhe von vier Stellengehältern des höheren Dienstes verstärkt werden.</i>	550,0	550,0	A	500,0	
					B	760,0	
					C	680,2	
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	900,0	900,0	A	900,0	
					B	797,4	
					C	995,3	
Summe der Titelgruppe			29.255,9	29.255,9	A	27.662,5	
					B	27.862,4	
					C	26.785,3	

Erläuterungen

Zu 04 05/514 71	2009	2010
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Aufwendungen für durchschnittlich 12.800 Gefangene	15.170,0	15.170,0
Sonstige Kleinausgaben	700,0	700,0
Zusammen	15.870,0	15.870,0

2009 gegenüber 2008:
Mehr 1.370,0 Tsd. EUR wegen des starken Anstiegs der Lebensmittel- und Medikamentenpreise.

Zu 04 05/526 71	2009	2010
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	15,0	15,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	405,0	405,0
Andere Sachverständigenentschädigungen (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	35,0	35,0
Zusammen	455,0	455,0

2009 gegenüber 2008:
 55,5 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
 10,5 Tsd. EUR mehr wegen Kostensteigerungen
 45,0 Tsd. EUR weniger

Zu 04 05/538 71
Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2009 gegenüber 2008:
Mehr 372,5 Tsd. EUR aufgrund der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen.

Zu 04 05/546 71
Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen.

2009 gegenüber 2008:
 20,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
 410,0 Tsd. EUR mehr wegen deutlich erhöhter Fallzahlen im Projekt "Schwitzen statt Sitzen"
 390,0 Tsd. EUR mehr

Zu 04 05/547 71
Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren.

2009 gegenüber 2008:
Weniger 150,0 Tsd. EUR wegen der weiteren Verringerung der Anzahl der Hörstellen.

Zu 04 05/671 71
Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

2009 gegenüber 2008:
Mehr 50,0 Tsd. EUR wegen des Anstiegs der Personalkosten.

Zu 04 05/812 71
Mit den Mitteln werden Geräte und Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung sowie für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen beschafft.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Geräte und Anlagen für		
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	280,0	250,0
- die Anstaltswäschereien	160,0	290,0
- die Anstaltsküchen	220,0	200,0
- sonstige Geräte und Maschinen mit Kosten bis zu 15,0 Tsd. EUR im Einzelfall	240,0	160,0
Zusammen	900,0	900,0

2009 gegenüber 2008:
 100,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
 100,0 Tsd. EUR mehr zur Erhaltung des Versorgungsstandards
 - Tsd. EUR mehr / weniger

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		72 Arbeitsbetriebskosten <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 72, 682 72 und 701 72.</i> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln der TG 73, mit Ausnahme von 681 73, 682 73 und 701 73.</i>				
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	225,0	225,0	A B C	167,8 214,3 168,4
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.500,0	1.500,0	A B C	1.200,0 1.417,2 1.249,5
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge <i>Vgl. Vermerk zu 125 01.</i>	11.240,0	11.240,0	A B C	9.627,2 10.789,7 9.928,8
<u>518 72-9</u>	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	15,4	15,4	A	
526 72-9	056	Forschungsaufträge zur Neuorganisation des Arbeitswesens	---	---	A	---
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	47,1	47,1	A B C	53,0 38,9 55,8
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung	400,0	400,0	A B C	325,0 388,9 449,3

Erläuterungen

Zu 04 05/72

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei Titel 125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

Zu 04 05/427 72

2009 gegenüber 2008:

Mehr 57,2 Tsd. EUR wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/511 72

2009 gegenüber 2008:

54,4 Tsd. EUR	weniger	infolge	haushaltsneutraler	Absenkung	der	haushaltsgesetzlichen	Sperr
354,4 Tsd. EUR							mehr
300,0 Tsd. EUR							mehr

Zu 04 05/514 72

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	275,0	275,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0	200,0
Zusammen	475,0	475,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	475,0	475,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	310,9	310,9
Ausgaben für Leasing/Miete	15,4	15,4
Zusammen	801,3	801,3

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2009	Soll 2010	Soll 2008	am 1.2.2008 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	26	26	26	26	-
Nutzfahrzeuge	86	86	86	86	-

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe	10.765,0	10.765,0

2009 gegenüber 2008:

46,1 Tsd. EUR	weniger	infolge	haushaltsneutraler	Absenkung	der	haushaltsgesetzlichen	Sperr
1.658,9 Tsd. EUR							mehr
1.612,8 Tsd. EUR							mehr

Zu 04 05/518 72

Leasingkosten für einen Ackerschlepper.

Zu 04 05/527 72

2009 gegenüber 2008:

Weniger 5,9 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperr.

Zu 04 05/533 72

2009 gegenüber 2008:

Mehr 75,0 Tsd. EUR wegen Verbreiterung des Ausbildungsangebots.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	800,0	800,0	A	810,0
					B	765,6
					C	737,1
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	---	---	A	---
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 682 72.</i>	14.500,0	14.500,0	A	14.300,0
					B	14.508,6
					C	14.238,7
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß § 195, § 198 Abs. 3 StVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	5.500,0	5.500,0	A	6.350,0
					B	6.335,6
					C	9.074,1

Erläuterungen

Zu 04 05/547 72

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u.a., sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten.

Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

2009 gegenüber 2008:

90,0 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
80,0 Tsd. EUR	mehr	wegen Anpassung an den gestiegenen Bedarf
10,0 Tsd. EUR	weniger	

Zu 04 05/681 72

Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG)
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

Siehe Erläuterungen zu TG 72.

2009 gegenüber 2008:

Mehr 200,0 Tsd. EUR wegen Verbesserung der Beschäftigungssituation.

Zu 04 05/682 72

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr.4, Abs. 2 Nr.1 SGB III) sowie Beitragsanteile der Bayerischen Landesunfallkasse. Die Ansätze entsprechen dem voraussichtlichen Bedarf.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 850,0 Tsd. EUR wegen Verringerung des Beitragssatzes.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.600,0	1.600,0	A	2.000,0
					B	1.222,3
					C	845,2

Erläuterungen

Zu 04 05/701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung einer Biogasanlage.	500,0	400,0
2. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Neu- und Umbaumaßnahmen im Landwirtschaftsbetrieb.	-	200,0
3. Justizvollzugsanstalt Eichstätt; Neubau eines Arbeitsbetriebsgebäudes.	200,0	-
4. Justizvollzugsanstalt Eichstätt; Erweiterung des Arbeitsbetriebsgebäudes.	200,0	-
5. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Errichtung einer Feldscheune.	-	90,0
6. Justizvollzugsanstalt Kronach; Dachsanierung (Betriebsgebäude) und Errichtung eines Zwischenlagers.	150,0	-
7. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Sanierung der Werkhalle II. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	-	230,0
8. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Zürn II) und einer Lagerhalle.	400,0	-
9. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Instandsetzung von Betriebsgebäuden (Außenstelle Lichtenau).	150,0	60,0
10. Justizvollzugsanstalt Straubing; Errichtung eines holzverarbeitenden Betriebs.	-	120,0
11. Justizvollzugsanstalt Würzburg; Neubau eines Arbeitsbetriebsgebäudes und eines Schul- und Bildungszentrums.	-	500,0
Zusammen	1.600,0	1.600,0

2009 gegenüber 2008:

Weniger 400,0 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	310,9	310,9	A 237,0 B 140,4 C 76,0

Erläuterungen

Zu 04 05/811 72

2009

Tsd. EUR

1. Erstbeschaffung

Lkw, 90 kW

35,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Transporter, 72 kW, Baujahr 1995

Transporter, 72 kW, Baujahr 1993

Schlepper, 42 kW, Baujahr 1982

Ackerschlepper, 48 kW, Baujahr 1988

Transporter, 85 kW, Baujahr 1995

Kleintransporter, 55 kW, Baujahr 1999

Kleintransporter, 90 kW, Baujahr 1995

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Transporter, 72 kW

22,0

Transporter, 60 kW

30,0

Schlepper, 80 kW

74,9

Ackerschlepper, 60 kW

63,0

Transporter 62 kW

35,0

Kleintransporter, 60 kW

16,0

Kleintransporter, 74 kW

35,0

310,9

2010

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Schlepper, 74 kW, Baujahr 1997

Lkw-Kipper, 100 kW, Baujahr 1985

Lkw, 112 kW, Baujahr 2000

Pkw-Kombi, 55 kW, Baujahr 2001

Pkw-Kombi, 62 kW, Baujahr 1998

Geräteträger, 121 kW, Baujahr 1984

Transporter, 62 kW, Baujahr 1998

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Schlepper, 65 kW

60,9

Lkw-Kipper, 100 kW

50,0

Lkw, 130 kW

45,0

Pkw-Kombi

18,0

Pkw-Kombi

30,0

Geräteträger

65,0

Transporter

42,0

Zusammen 310,9

2009 gegenüber 2008:

26,3 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

100,2 Tsd. EUR mehr wegen unaufschiebbarem Ersatzbedarf

73,9 Tsd. EUR mehr

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.147,5	1.147,5	A	1.120,0	
					B	1.024,4	
					C	1.126,0	
821 72-1	056	Erstattungen an Unternehmer für Investitionen	---	---	A	---	
Summe der Titelgruppe			37.285,9	37.285,9	A	36.190,0	
					B	36.845,8	
					C	37.948,9	
73 Arbeitstherapeutische Abteilung in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 73, 682 73 und 701 73.</i> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln der TG 72, mit Ausnahme von 681 72, 682 72 und 701 72.</i>							
427 73-8	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	---	---	A	---	
511 73-5	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	18,0	18,0	A	18,0	
					B	14,2	
					C	7,2	

Erläuterungen

Zu 04 05/812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für		
- Bäckereien	100,0	50,0
- Baubetriebe	40,0	35,0
- Druckereien und Buchbindereien	200,0	125,0
- Gärtnereien	35,5	35,5
- Kfz-Werkstätten	50,0	130,0
- Landwirtschaftsbetriebe	80,0	65,0
- Schlossereien	172,0	260,0
- Schneidereien	30,0	45,0
- Schreinereien	180,0	200,0
- Wäschereien	135,0	70,0
- Webereien	30,0	30,0
- Arbeitsräume	35,0	42,0
- Allgemeine Ausstattungen	60,0	60,0
Zusammen	1.147,5	1.147,5

2009 gegenüber 2008:

124,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
151,9 Tsd. EUR	mehr zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit
27,5 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 05/821 72

Erstattungen an Unternehmer, insbesondere im Falle der Übernahme betrieblicher Anlagen, die von Unternehmen auf eigene Kosten im Anstaltsbereich errichtet wurden.

Zu 04 05/73

In der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech ist eine arbeitstherapeutische Abteilung für 12 Gefangene eingerichtet. Die arbeitstherapeutische Abteilung umfasst den ehemaligen Landwirtschaftsbetrieb. Zur Betreuung, Anleitung und Beaufsichtigung der Gefangenen stehen drei Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes bzw. des mittleren Werkdienstes zur Verfügung.

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei Titel 125 73 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Zu 04 05/511 73

2009 gegenüber 2008:

2,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,0 Tsd. EUR	mehr wegen Preissteigerungen
-	Tsd. EUR mehr / weniger

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
514 73-2	056	Haltung der Fahrzeuge, Werkstoffe	54,0	54,0	A	50,0
					B	50,6
					C	46,8
527 73-7	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigung bei Außenarbeiten	---	---	A	---
547 73-3	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	7,5	7,5	A	7,0
					B	6,5
					C	6,3
681 73-9	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 682 73.</i>	40,0	40,0	A	40,0
					B	38,8
					C	40,0
682 73-8	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß § 195, § 198 Abs. 3 StVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	---	---	A	---
701 73-5	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitstherapie Rothenfeld	---	---	A	---
811 73-2	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	---	---	A	---
812 73-1	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	28,0	28,0	A	---
					B	18,2
					C	6,3
Summe der Titelgruppe			147,5	147,5	A	115,0
					B	128,2
					C	106,6

Erläuterungen

Zu 04 05/514 73

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	17,0	17,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	<u>22,0</u>	<u>22,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	22,0	22,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	<u>22,0</u>	<u>22,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	1	1	1	1	-
Nutzfahrzeuge	4	4	4	4	-

Personenkraftwagen einschl. Kombis: Fahrzeuge zur Beförderung von Personen.

Nutzfahrzeuge: Lastkraftwagen, Kombis für Gütertransport, Schlepper u.a.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Werkstoffe für die Arbeitstherapie	32,0	32,0

2009 gegenüber 2008:

2,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
<u>6,8 Tsd. EUR</u>	<u>mehr wegen Preissteigerungen</u>
4,0 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 05/547 73

2009 gegenüber 2008:

0,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
<u>1,3 Tsd. EUR</u>	<u>mehr wegen Preissteigerungen</u>
0,5 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 05/681 73

Vgl. die Erläuterungen zu 681 72.

Zu 04 05/682 73

Vgl. die Erläuterungen zu 682 72.

Die Ausgaben werden insgesamt bei Kap. 04 05 Tit. 682 72 erbracht.

Zu 04 05/812 73

	Tsd. EUR
2009	
Ersatzbeschaffung Kreiselmähwerk	10,0
Neuausstattung Hühnerstall	18,0
Zusammen	<u>28,0</u>
2010	
Ersatzbeschaffung landwirtschaftliches Gerät	18,0
Neuausstattung Hühnerstall	10,0
Zusammen	<u>28,0</u>

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.195,0	1.215,0	A	1.640,0
					B	844,3
					C	873,8
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	80,0	80,0	A	65,0
					B	65,3
					C	70,9
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	44,5	44,5	A	50,0
					B	3,0
					C	17,6
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	80,0	80,0	A	75,0
					B	22,3
					C	27,0
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	130,0	130,0	A	150,0
					B	69,4
					C	57,2
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	80,0	80,0	A	70,0
535 99-7	056	Miete für Software	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/99

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
- Informationssystem über Gefangenendaten mit Auswertefunktion
 - Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
 - Gefangenengelderbuchführung
 - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
 - Führung der Beschäftigungsübersicht
 - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
 - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.
- Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.
- Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.
- Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.
2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft) und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

Zu 04 05/511 99

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	450,0	450,0
2. Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	680,0	680,0
3. Mieten und Wartung	50,0	70,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	15,0	15,0
Zusammen	1.195,0	1.215,0

2009 gegenüber 2008:

26,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre und
418,3 Tsd. EUR	weniger wegen des geringeren Bedarfs bei den Leitungsmietkosten
445,0 Tsd. EUR	weniger

Zu 04 05/514 99

2009 gegenüber 2008:

7,2 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
22,2 Tsd. EUR	mehr wegen des erhöhten Bedarfs
15,0 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 05/519 99

2009 gegenüber 2008:

Weniger 5,5 Tsd. EUR infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/525 99

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

2009 gegenüber 2008:

8,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
13,3 Tsd. EUR	mehr wegen erhöhtem Bedarfs
5,0 Tsd. EUR	mehr

Zu 04 05/526 99

2009 gegenüber 2008:

16,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre und
3,3 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den Bedarf
20,0 Tsd. EUR	weniger

Zu 04 05/534 99

2009 gegenüber 2008:

7,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
17,8 Tsd. EUR	mehr wegen gestiegenen Bedarfs
10,0 Tsd. EUR	mehr

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
815 99-8	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	311,1	311,1	A	300,0
					B	635,9
					C	601,6
981 99-6	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen anderer Staatsbehörden oder öffentlich-rechtlicher Einrichtungen	200,0	200,0	A	---
Summe der Titelgruppe			2.120,6	2.140,6	A	2.350,0
					B	1.640,2
					C	1.648,1
Gesamtausgaben			323.253,6	333.572,1	A	320.431,3
					B	310.131,2
					C	293.361,1

Erläuterungen**Zu 04 05/815 99**

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2009 gegenüber 2008:

33,3 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

44,4 Tsd. EUR mehr wegen erhöhtem Bedarf

11,1 Tsd. EUR mehr

Zu 04 05/981 99

Ausgaben für den Rechenzentrumsbetrieb im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Datenverarbeitung in der bayerischen Staatsverwaltung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	51.484,0	51.484,0	A	49.299,0
					B	51.546,5
					C	48.869,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	495,0	495,0	A	556,0
					B	480,6
					C	840,1
		Gesamteinnahmen	51.979,0	51.979,0	A	49.855,0
					B	52.027,1
					C	49.709,7
		Personalausgaben	190.776,0	199.974,5	A	183.303,5
					B	181.309,1
					C	179.541,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	78.102,6	79.290,0	A	72.796,8
					B	71.337,2
					C	67.750,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	21.014,5	21.014,5	A	21.570,0
					B	22.000,7
					C	24.382,7
		Baumaßnahmen	22.200,0	25.100,0	A	32.724,0
					B	29.271,0
					C	16.343,0
		Sonstige Sachinvestitionen	10.960,5	7.993,1	A	10.037,0
					B	6.213,3
					C	5.344,1
		Besondere Finanzierungsausgaben	200,0	200,0	A	-
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	323.253,6	333.572,1	A	320.431,3
					B	310.131,2
					C	293.361,1
		Zuschuss	271.274,6	281.593,1	A	270.576,3
					B	258.104,1
					C	243.651,4

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
119 49-8	254	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
					C	1,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-7	175	Zuweisungen des Bundes zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---
		Gesamteinnahmen	-	-	A	-
					B	-
					C	1,2
		Ausgaben				
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
526 21-7	175	Kosten für die Erteilung von Studien, Gutachten und Forschungsaufträgen <i>Zu 526 21, 683 01 und 04 07 TG 81: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01. Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 300,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 300,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	331,1	331,1	A	372,5
					B	170,2
					C	10,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
683 01-0	175	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben <i>Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden. Vgl. Vermerk zu 526 21. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 155,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 155,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	165,3	165,3	A	186,0
					C	10,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 07

Kosten für die Initiativen im Verbraucherschutz; insbesondere Information, Bildung, Beratung und verbraucherbezogene Forschung.

Zu 04 07/119 49

Insbesondere zur Vereinnahmung von Rückflüssen aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Zu 04 07/231 01

Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw.
Die vereinnahmten Beträge werden bei Tit. 526 21 verausgabt.

Zu 04 07/526 21

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen erforderlich sind (vgl. auch Erläuterung zu Tit. 683 01). Gegenseitige Deckungsfähigkeit mit Tit. 683 01 und Kap. 04 07 TG 81 für den bedarfsgerechten Einsatz der veranschlagten Mittel.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 41,4 Tsd. EUR wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 07/683 01

Veranschlagt sind Mittel zur Beteiligung an wissenschaftlichen Veranstaltungen, Forschungsvorhaben, Kongressen sowie sonstigen Veranstaltungen.

2009 gegenüber 2008:

Weniger 20,7 Tsd. EUR wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
686 01-7	649	Förderung der Verbraucheraufklärung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit TG 52, 53 und 55. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.075,3	2.075,3	A B C	2.275,0 2.002,0 2.240,9

Erläuterungen

Zu 04 07/686 01

Die Mittel sind bestimmt für Maßnahmen zur Information der Verbraucher über Marktvorgänge und marktgerechtes Verhalten. Sie können insbesondere als Zuschüsse an Verbraucherorganisationen einschl. Wohnberatungsstellen gewährt werden, ohne deren Mitwirkung Verbraucheraufklärung nicht betrieben werden kann. Die Verbraucherorganisationen nehmen hierbei die Belange der Verbraucher hauptsächlich wahr durch Vertretung der Verbraucherinteressen, durch objektive Beratung, Aufklärung, Information und Schulung der Verbraucher als Marktpartner der gewerblichen Wirtschaft hinsichtlich rationeller Einkommensverwendung, richtigen Haushaltens und markt- und umweltgerechten Verhaltens sowie durch Beteiligung an Schlichtungsstellen. Außerdem ist eine Schulung und Weiterbildung der Beratungskräfte der Verbraucherorganisationen erforderlich.

2009 gegenüber 2008:

252,8 Tsd. EUR	weniger	wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
141,9 Tsd. EUR	weniger	wegen Auflösung der globalen Minderausgabe bei 12 02/972 01
195,0 Tsd. EUR	mehr	wegen Erhöhung des Stellenplans bei den Verbraucherverbänden und für Tarifierhöhungen
199,7 Tsd. EUR	weniger	

VerbraucherService Bayern im KDFB e.V., Dachauer Str. 5, 80335 München**Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (Institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	Istergebnis 2007 Tsd. EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	585,0	596,7	506,0	491,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	195,0	196,0	184,6	186,1
3. Zuweisungen und Zuschüsse	0,5	0,5	0,5	0,5
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
5. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	780,5	793,2	691,1	677,8
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	306,6	312,6	301,5	266,3
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	5,6	5,6	5,6	5,9
3. Zuwendungen des Landes	468,3	475,0	384,0	370,0
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	-
Zusammen	780,5	793,2	691,1	642,2

Personalsoll: 15,14 Arbeitnehmer

Verbraucherzentrale Bayern e.V. Mozartstr. 9, 80336 München**Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (Institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	Istergebnis 2007 Tsd. EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.750,0	1.760,0	1.550,0	1.530,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	613,4	616,4	650,0	630,0
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,6	0,6	0,5	0,5
4. Ausgaben für Investitionen	20,0	20,0	20,0	29,0
5. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	2.384,0	2.397,0	2.220,5	2.189,5
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	435,0	439,0	340,0	328,0
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	28,0	28,0	25,0	25,0
3. Zuwendungen des Landes	1.921,0	1.930,0	1.855,5	1.836,5
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	-
Zusammen	2.384,0	2.397,0	2.220,5	2.189,5

Personalsoll: 33,5 Arbeitnehmer

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
52 Allgemeine Verbraucherschutzmaßnahmen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. TG 52, 53, 55 und 81 gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk zu 686 01. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 04 01 TG 99.</i>						
531 52-2	680	Fachveröffentlichungen	89,4	89,4	A C	106,0 2,6
536 52-7	680	Kosten des Verbraucherbeirats	21,1	21,1	A	25,0
540 52-1	680	Veranstaltungskosten	117,2	117,2	A B C	139,0 10,4 14,4
Summe der Titelgruppe			227,7	227,7	A B C	270,0 10,4 17,0
53 Verbraucherschutzinitiativen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk zu 686 01 und TG 52. Gegenseitig deckungsfähig mit 04 01 TG 99.</i>						
526 53-8	172	Bürgergutachten	---	---	A	---
536 53-6	680	Verbraucherschutzpreis	43,0	43,0	A C	52,0 15,5
540 53-0	680	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
547 53-3	680	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
684 53-6	649	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 177,6 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 177,6 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	177,6	177,6	A B C	215,0 298,4 277,3
685 53-5	649	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	449,8	449,8	A	181,3
686 53-4	649	Zuschüsse an Sonstige	396,8	396,8	A B C	480,0 152,0 138,9
Summe der Titelgruppe			1.067,2	1.067,2	A B C	928,3 450,4 431,7
55 Digitale Bürger- und Mitarbeiterinformationssysteme						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk zu 686 01 und TG 52. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 04 01 TG 99 .</i>						
526 55-6	680	Kosten für Sachverständige	27,8	27,8	A B C	31,6 5,9 1,8

Erläuterungen

Zu 04 07/52

Veranschlagt ist der Bedarf für

- Fachveröffentlichungen,
- den Verbraucherbeirat,
- Informationsveranstaltungen (z.B. Aktionstage).

2009 gegenüber 2008:

30,0	Tsd. EUR	weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
16,9	Tsd. EUR	weniger wegen Auflösung der globalen Minderausgabe bei 12 02/972 01
4,6	Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung der Kosten für sächliche Verwaltungsausgaben
<u>42,3</u>	Tsd. EUR	weniger

Zu 04 07/53

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Entwicklung und Umsetzung neuer Verbraucherschutzinitiativen, u.a. in Zusammenarbeit mit den Verbraucherverbänden. Dazu zählen insbesondere:

- Auslobung eines Verbraucherschutzpreises
- Förderung von innovativen Vorhaben der Verbraucherberatung
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen
- Reaktion auf aktuelle Themen.

Aus der TG 53 werden zudem Zuschüsse für Pilotprojekte zum Verbraucherschutz bei Landratsämtern finanziert.

2009 gegenüber 2008:

103,2	Tsd. EUR	weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
57,9	Tsd. EUR	weniger wegen Auflösung der globalen Minderausgabe bei 12 02/972 01
300,0	Tsd. EUR	mehr zur Finanzierung von Pilotprojekten zum Verbraucherschutz bei Landratsämtern
<u>138,9</u>	Tsd. EUR	mehr

Zu 04 07/55

Veranschlagt sind die Aufwendungen zur Weiterentwicklung und Pflege der Bürgerinformationssysteme.

Geplant sind insbesondere:

- Fortführung und Weiterentwicklung des Verbraucherinformationssystems (VIS)
- Fortführung und Weiterentwicklung der Internetangebote.

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
547 55-1	680	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	50,0	50,0	A	65,4
					B	12,2
					C	19,8
		Summe der Titelgruppe	77,8	77,8	A	97,0
					B	18,1
					C	21,6
		81 Ausgaben zur Durchführung anwendungsorientierter BSE-Forschungsmaßnahmen				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Aus den Ansätzen können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden.</i>				
		<i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 04 01 TG 99.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk zu TG 52.</i>				
428 81-3	172	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	***	A	---
526 81-4	172	Einholung von Gutachten und Beschaffung von Informationsmaterial	---	***	A	---
531 81-7	172	Fachveröffentlichungen	---	***	A	---
547 81-9	172	Maßnahmen auf dem Gebiet der BSE-Forschung	---	***	A	---
					B	1,3
					C	0,9
685 81-1	172	Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	---	***	A	---
894 81-8	172	Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	---	***	A	---
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	1,3
					C	0,9
		Gesamtausgaben	3.944,4	3.944,4	A	4.128,8
					B	2.652,4
					C	2.732,0

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	-
					C	1,2
		Gesamteinnahmen	-	-	A	-
					B	-
					C	1,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	679,6	679,6	A	791,5
					B	200,0
					C	65,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.264,8	3.264,8	A	3.337,3
					B	2.452,4
					C	2.667,1
		Gesamtausgaben	3.944,4	3.944,4	A	4.128,8
					B	2.652,4
					C	2.732,0
		Zuschuss	3.944,4	3.944,4	A	4.128,8
					B	2.652,4
					C	2.730,8

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
Abschluss Epl. 04							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	845.376,8	855.976,8	A	823.293,3	
					B	1.013.472,7	
					C	777.346,3	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.401,0	1.401,0	A	1.062,0	
					B	1.366,0	
					C	1.476,4	
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4.390,9	4.843,9	A	-	
					B	-	
					C	-	
		Gesamteinnahmen	851.168,7	862.221,7	A	824.355,3	
					B	1.014.838,7	
					C	778.822,7	
		Personalausgaben	1.163.293,7	1.200.401,3	A	1.114.663,9	
					B	1.084.011,9	
					C	1.074.815,2	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	546.670,4	558.288,6	A	523.815,1	
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	14.701,5		B	505.566,1	
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	4.869,5		C	483.469,3	
		Ausgaben für den Schuldendienst	530,0	530,0	A	530,0	
					B	618,9	
					C	471,8	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	31.785,2	31.716,3	A	31.653,8	
					B	30.401,9	
					C	33.073,7	
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	2.582,6				
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	332,6				
		Baumaßnahmen	46.563,5	48.666,5	A	55.856,3	
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	65.362,0		B	41.820,2	
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	60.160,0		C	26.925,9	
		Sonstige Sachinvestitionen	26.885,5	25.573,1	A	22.220,4	
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	220.250,0		B	17.475,6	
					C	17.907,4	
		Besondere Finanzierungsausgaben	3.241,9	3.498,5	A	557,8	
					B	421,0	
					C	495,0	
		Gesamtausgaben	1.818.970,2	1.868.674,3	A	1.749.297,3	
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	302.896,1		B	1.680.315,7	
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	65.362,1		C	1.637.158,3	
		Zuschuss	967.801,5	1.006.452,6	A	924.942,0	
					B	665.477,0	
					C	858.335,6	

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2009		2010	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
04 02					
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	660,0	160,0	160,0	160,0
	71 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG)				
701 71	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	4.798,0	5.202,0	5.202,0	-
811 71	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten	256,5	250,0	256,5	-
812 71	Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz	200,0	200,0	200,0	-
815 71	Modernisierung der IT-Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften	600,0	800,0	800,0	-
04 04					
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	900,0	2.250,0	900,0	-
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.905,5	3.000,0	2.504,5	3.000,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.407,4	3.069,5	6.407,8	769,5
526 99	Ausgaben für Sachverständige	10.514,9	3.182,0	10.571,4	800,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	3.435,7	5.150,0	3.435,7	-
04 05					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9.093,5	3.000,0	9.093,5	3.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5.100,0	5.500,0	5.200,0	5.500,0
823 11	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Justizvollzugsanstalt in Augsburg im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP)	---	219.000,0	---	-
	72 Arbeitsbetriebskosten				
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	1.600,0	1.500,0	1.600,0	1.500,0
04 07					
526 21	Kosten für die Erteilung von Studien, Gutachten und Forschungsaufträgen	331,1	300,0	331,1	300,0
683 01	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben	165,3	155,0	165,3	155,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2009		2010	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
04 07					
	53 Verbraucherschutzinitiativen				
684 53	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	177,6	177,6	177,6	177,6
Epl. 04					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. EUR je Maßnahme (Anlage S)	31.500,0	50.000,0	34.000,0	50.000,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		302.896,1		65.362,1

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 EUR Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 04

1. Die Anlage S enthält 39 Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 627,8 Mio. EUR und 14 Planungstitel. Bis einschl. 2007 wurden 398,1 Mio. EUR bewilligt. 2008 standen 43,9 Mio. EUR zur Verfügung, davon 1,5 Mio. EUR bei Kap. 13 17 TG 55. Ab 2011 werden noch 94,5 Mio. EUR benötigt. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).
Neu in den Haushalt wurde 1 Vorhaben eingestellt.
2. Gemäß Nr. 1.4 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. EUR wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.
4. Für die großen Baumaßnahmen aus dem Bereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sind neben den Ausgaben im Epl. 04 – Anlage S – auch bei Kap. 13 15 TG 53 Ausgabemittel von 2,4 Mio. EUR in 2009, Kap. 13 17 TG 55 Ausgabemittel von 1,9 Mio. EUR in 2009 und bei Kap. 13 41 TG 57 – 58 Ausgabemittel von 14,2 Mio. EUR in 2009 und 16,0 Mio. EUR in 2010 veranschlagt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 04		Gerichte und Staatsanwaltschaften				
710 22-9	052	Staatseigenes Anwesen in München, Infanteriestraße 9 Umbau für Zwecke der Justiz	***	***	A	---
					B	12,2
					C	57,5
710 35-4	052	Strafjustizzentrum in München, Nymphenburger Straße 16/ Linprunstraße 25 Generalsanierung oder Neubau - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.500,0	3.000,0	A	3.391,0
					B	2.446,9
					C	3.005,9
710 41-6	052	Neubau eines Ziviljustizzentrums in München, Seidlstraße 13-15 - Planung -	---	---	A	---
710 42-5	052	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	3.000,0	A	1.500,0
					B	522,8
					C	10,6
710 50-4	052	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A	1.000,0
					B	248,6
711 02-2	052	Staatseigenes Anwesen in München, Erzgießereistraße 14 Umbau für Zwecke der Justiz - Planung -	---	---	A	985,0
711 05-9	052	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Verfahren mit höchster Sicherheitsstufe und einer Einfachturnhalle auf dem umwehrten Gelände der JVA München-Stadelheim - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.550,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 04/710 22

Gesamtkosten	3.685,0 Tsd. EUR		
laut baufachlicher Festsetzung vom 28.08.2002, 06.06.2005.			
bis einschl. 2007 bewilligt:	3.441,0 Tsd. EUR	verausgabt:	3.441,0 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/710 35

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	20.700,0 Tsd. EUR		
laut baufachlicher Festsetzung vom 27.05.2003, 08.10.2008.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	10.917,7 Tsd. EUR	verausgabt:	10.917,7 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		

In dem 1972-74 errichteten Strafjustizzentrum müssen umfangreiche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt, die Dächer und Fassaden saniert und die Haustechnik weitgehend erneuert werden. Außerdem müssen die Sicherheitseinrichtungen verstärkt und die Sitzungssäle den neuen technischen Anforderungen angepasst werden. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Im 1. Bauabschnitt wird der Bauteil C saniert. Außerdem sollen in einem 2. Bauabschnitt zwingend erforderliche weitere Brandschutzmaßnahmen in den Bauteilen A und B durchgeführt werden. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Maßnahmen des 1. Bauabschnitts abgeschlossen und der 2. Bauabschnitt begonnen werden.

Zu 04 04/710 41

Die Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München ist ungenügend. Für Mietobjekte müssen jährlich fast 2,5 Mio. EUR aufgewendet werden. Auf dem vom Freistaat Bayern erworbenen Grundstück Seidlstraße 13-15 soll ein Neubau zur Aufnahme der Zivilgerichtsbarkeit des Landgerichts München I und des Landgerichts München II sowie für die Referendarausbildung errichtet werden. Nachdem ein europaweit ausgeschriebener Architektenwettbewerb durchgeführt wurde, soll der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf realisiert werden. Es liegt eine HU-Bau mit im Februar 2004 festgesetzten Kosten von 75.200,0 Tsd. EUR vor.

Zu 04 04/710 42

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	19.000,0 Tsd. EUR		
laut baufachlicher Festsetzung vom 16.10.2007.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	533,4 Tsd. EUR	verausgabt:	533,4 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	11.956,6 Tsd. EUR		

Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die Baumaßnahmen des 1. Bauabschnitts fortgeführt.

Zu 04 04/710 50

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	7.250,0 Tsd. EUR		
laut baufachlicher Festsetzung vom 19.10.2007.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	248,6 Tsd. EUR	verausgabt:	248,6 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	3.799,4 Tsd. EUR		

Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll mit den Baumaßnahmen des 1. Bauabschnitts begonnen werden.

Zu 04 04/711 02

Das in unmittelbarer Nähe zum Strafjustizzentrum in München, Nymphenburger Str. 16/Linprunstr. 25 liegende staatseigene Anwesen in der Erzgießereistraße 14 soll saniert und für die Zwecke der Staatsanwaltschaft München II umgebaut werden. Das Gebäude steht derzeit leer. Die Staatsanwaltschaft München II ist bisher in einem Mietobjekt in der Arnulfstraße 16-18 untergebracht, für das jährliche Mietkosten in Höhe von rd. 350,0 Tsd. EUR anfallen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung abgeschlossen und die Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Zu 04 04/711 05

In München besteht dringender Bedarf an Sitzungssaalkapazitäten mit höchster Sicherheitsstufe für die Durchführung von Verfahren im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, in Staatsschutzsachen und gegen Mitglieder der Organisierten Kriminalität. Aus Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsgründen soll das Gebäude im umwehrten Bereich der JVA München-Stadelheim errichtet werden. Der dafür vorgesehene Standort war nach der Gesamtausbauplanung an sich für die Errichtung einer Mehrfachturnhalle vorgesehen. Nunmehr ist nur noch der Bau einer Einfachturnhalle möglich. Die Planung des Sitzungssaalgebäudes und der unmittelbar benachbarten Einfachturnhalle muss gleichzeitig erfolgen, um jedes Sicherheitsrisiko auszuschließen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung abgeschlossen und die Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Die Finanzierung erfolgt bei 13 41/711 57.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 04						
712 51-1	052	Zentraljustizgebäude in Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	---	---	A	---
714 01-0	052	Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0	1.000,0	A B C	1.500,0 11,8 6,7
725 01-7	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Augsburg (Strafjustizzentrum)	***	***	A B C	--- 156,0 0,1
725 02-6	052	Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Am Alten Einlaß 1 in Augsburg - z. T. Planung -	---	---	A C	--- 0,0
726 31-0	052	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht in Günzburg - Planung -	---	---	A	---
727 01-5	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	1.000,0 332,6 143,0
730 22-5	052	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Asbestsanierung u.a.	---	---	A B C	--- 29,0 345,9

Erläuterungen

Zu 04 04/712 51

Gesamtkosten	18.940,8 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 25.10.1994, 04.01.1996.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	15.226,4 Tsd. EUR	verausgabt:	15.226,4 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	3.714,4 Tsd. EUR		

Der 1. und 2. Bauabschnitt sind abgeschlossen. Der 3. Bauabschnitt, die Aufstockung des Sitzungssaalgebäudes, bleibt vorläufig zurückgestellt.

Zu 04 04/714 01

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	3.440,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 14.06.2007.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	44,1 Tsd. EUR	verausgabt:	44,1 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	1.618,1 Tsd. EUR		

Die Unterbringungsverhältnisse des Amtsgerichts Rosenheim sind sehr beengt und ungenügend. Eine Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes Bismarckstraße 1 auf dem vorhandenen Grundstück ist nicht mehr möglich. Aus diesem Grund soll auf dem sog. Beilhack-Gelände im Zentrum der Stadt ein Neubau für das Amtsgericht errichtet werden. Die Baumaßnahme soll in Bauabschnitten geplant und durchgeführt werden. In einer 1. Teilbaumaßnahme sollen Räume für das Grundbuchamt und das Vormundschaftsgericht geschaffen werden. Dadurch kann die Unterbringungssituation der Justiz in Rosenheim verbessert werden. Der Teilneubau soll so gestaltet werden, dass in Zukunft die Erweiterung zu einem zentralen Justizgebäude erfolgen kann. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen werden. Die Planung für den 2. Bauabschnitt ist vorläufig zurückgestellt.

Zu 04 04/725 01

Gesamtkosten	38.858,2 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 19.03.1996.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	36.127,9 Tsd. EUR	verausgabt:	36.127,9 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/725 02

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	4.030,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 17.04.2001, 04.04.2003.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	4.029,9 Tsd. EUR	verausgabt:	4.029,9 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		

Der 1. Teilbauabschnitt ist abgeschlossen. Die Planung des 2. Teilbauabschnittes wird vorläufig zurückgestellt.

Zu 04 04/726 31

Das Amtsgericht Günzburg ist derzeit in dem überwiegend vom Finanzamt Günzburg genutzten staatseigenen Teil und in Mieträumen im städtischen Teil des Schlosses sowie in einem weiteren Mietobjekt untergebracht. Da sowohl das Finanzamt Günzburg als auch die Stadt Günzburg für die jetzt vom Amtsgericht belegten Räume im Schloss Eigenbedarf angekündigt haben, soll für das Amtsgericht Günzburg ein Neubau errichtet werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Zu 04 04/727 01

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	9.650,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 16.01.2007, 30.01.2009.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	475,6 Tsd. EUR	verausgabt:	475,6 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	2.824,4 Tsd. EUR		

Das Amtsgericht Neu-Ulm ist derzeit sehr beengt und in räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden untergebracht. Durch den Umbau von zwei staatseigenen Gebäuden, die im Zuge der Verwaltungsreform und aufgrund von Neubaumaßnahmen frei wurden, sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das Amtsgericht wieder an einem Ort zusammenzuführen und die Mieträume aufzugeben.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahme am 12.03.2009 genehmigt.

Zu 04 04/730 22

Gesamtkosten	3.732,4 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 08.11.1991, 20.01.1998.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	3.464,2 Tsd. EUR	verausgabt:	3.464,2 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 04						
730 35-0	052	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	3.000,0	A B C	3.000,0 2.256,7 2.253,7
735 02-4	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1 <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A B C	1.000,0 310,6 26,8
735 21-1	052	Bayer. Justizschule in Pegnitz Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	800,0	---	A B C	--- 696,1 1.500,0
736 01-4	052	Justizgebäude in Bayreuth, Wittelsbacherring 22 Generalsanierung - Planung -	***	***	A	---
740 01-8	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Würzburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.050,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	700,0	A	3.300,0
742 01-6	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt - z. T. Planung -	---	---	A B C	--- 1.171,0 190,8
746 11-0	052	Umbau der ehem. Augustenschule in Regensburg, Augustenstraße 5, für Zwecke der Justiz	***	***	A	---

Erläuterungen

Zu 04 04/730 35

Gesamtkosten (1., 2., 3. Teilbaumaßnahme) 31.120,0 Tsd. EUR
laut baufachlicher Festsetzung vom 15.11.2000, 28.02.2008.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 11.358,4 Tsd. EUR verausgabt: 11.358,4 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: 9.861,6 Tsd. EUR

Im Justizgebäude in der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 2. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 3. Teilbaumaßnahme begonnen werden. Die restlichen Sanierungsmaßnahmen werden in einer 4. Teilbaumaßnahme zusammengefasst.

Zu 04 04/735 02

Gesamtkosten 28.970,0 Tsd. EUR

laut baufachlicher Festsetzung vom 11.02.2009.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 337,3 Tsd. EUR verausgabt: 337,3 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: 25.198,9 Tsd. EUR

Das in den Jahren 1959 bis 1961 errichtete zehnstöckige Bürogebäude der Justiz in Hof befindet sich - im Gegensatz zum Sitzungssaalbau - in einem solch schlechten Zustand, dass eine Sanierung mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Es muss daher abgerissen und durch Ersatzbauten auf dem vorhandenen Grundstück ersetzt werden.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahme am 12.03.2009 genehmigt.

Zu 04 04/735 21

Gesamtkosten 16.300,0 Tsd. EUR

laut baufachlicher Festsetzung vom 11.06.2002, 06.06.2007.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 13.022,2 Tsd. EUR verausgabt: 13.022,2 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Baumaßnahme wird abgeschlossen.

Zu 04 04/736 01

Die Durchführung der Maßnahme ist nicht als große Baumaßnahme vorgesehen. Der Titel kann daher wegfallen.

Zu 04 04/740 01

Gesamtkosten 52.100,0 Tsd. EUR

laut baufachlicher Festsetzung vom 28.09.1999, 07.06.2004.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 32.294,3 Tsd. EUR verausgabt: 32.294,3 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: 4.505,7 Tsd. EUR

Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten:

1. Bauabschnitt: Abbruch des ehemaligen Gefängnisgebäudes.
2. Bauabschnitt: Neubau eines Strafjustizgebäudes.
3. Bauabschnitt: Umbau und Sanierung des Justizgebäudes Ottostraße 5 in Würzburg.

Mit den veranschlagten Mitteln soll der 3. Bauabschnitt fortgeführt werden.

Die Finanzierung erfolgt insbesondere bei 13 15/740 53, 13 17/740 55 und 13 41/740 57.

Zu 04 04/742 01

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme) 2.320,0 Tsd. EUR

laut baufachlicher Festsetzung vom 02.06.2006.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 2.259,0 Tsd. EUR verausgabt: 2.259,0 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt nach dem Auszug des Finanzamts für Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Es liegt eine HU-Bau mit festgesetzten Kosten von 20.800,0 Tsd. EUR vor. Die Baumaßnahme wird in Bauabschnitten durchgeführt werden. In der 1. Teilbaumaßnahme wurde der fünfstöckige Nordflügel des ehemaligen Finanzamts abgerissen, der restliche Teil für die Zwecke des Grundbuchamts hergerichtet und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt saniert. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Der 2. Bauabschnitt bleibt vorläufig zurückgestellt.

Zu 04 04/746 11

Gesamtkosten 8.900,0 Tsd. EUR

laut baufachlichen Festsetzungen vom 08.04.1998, 02.04.2002.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 8.899,4 Tsd. EUR verausgabt: 8.899,4 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
						Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
04 04						
747 01-1	052	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	2.000,0
					B	2.211,1
					C	1.788,2
		Summe Kapitel 04 04	16.000,0	15.700,0	A	18.676,0
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 23.050,0			B	10.405,3
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 23.050,0			C	9.329,2
04 05		Justizvollzugsanstalten				
710 14-6	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau der Torwache und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	200,0	A	1.700,0
					B	1.820,7
					C	1.050,8
710 15-5	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau und Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	625,0
					C	938,5
710 16-4	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt - Planung -	---	---	A	100,0
					B	200,0
					C	200,0

Erläuterungen

Zu 04 04/747 01

Gesamtkosten	22.600,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 31.08.2004, 10.11.2008.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	6.449,6 Tsd. EUR	verausgabt:	6.449,6 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	9.850,4 Tsd. EUR		

Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten:

1. Bauabschnitt: Umbau und Sanierung des Renaissancebaus (mittlerer Gebäudeteil).
 2. Bauabschnitt: Umbau und Sanierung des Barockbaus (nördlicher Gebäudeteil) und Erstellung von Kfz-Stellplätzen.
 3. Bauabschnitt: Umbau, Sanierung und Ausbau des Dachgeschosses im Dientzenhofer Bau und des Schwurgerichtstrakts.
- Mit den veranschlagten Mitteln soll der 2. Bauabschnitt abgeschlossen und mit dem 3. Bauabschnitt begonnen werden.

Die Finanzierung erfolgt bei 13 41/747 57.

Zu 04 05/710 14

Gesamtkosten (1. und 2. Teilbaumaßnahme)	16.150,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 06.10.1989, 25.05.2004.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	9.716,9 Tsd. EUR	verausgabt:	9.716,9 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	3.928,1 Tsd. EUR		

1. Teilbaumaßnahme:
Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.
2. Teilbaumaßnahme:
Sanierung des Unterkunftsgebäudes N.
3. Teilbaumaßnahme:
Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen.
4. Teilbaumaßnahme:
Umbau der Torwache und Erweiterung des Besuchsbereichs.

Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.
Die Gesamtkosten der 3. und der 4. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/710 15

Gesamtkosten (1. und 2. Teilbaumaßnahme)	23.217,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 13.09.1991, 31.10.2008.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	16.206,3 Tsd. EUR	verausgabt:	16.206,3 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	673,7 Tsd. EUR		

Die Unterkunftsgebäude der Justizvollzugsanstalt München müssen entsprechend den vollzuglichen Anforderungen im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut und instand gesetzt werden:

1. Teilbaumaßnahme:
Umbau und Instandsetzung des Unterkunftsgebäudes Südbau.
2. Teilbaumaßnahme:
Einbau einer Alarm- und Kommunikationsanlage, Brandschutzmaßnahmen, Instandsetzungen in den Unterkunftsgebäuden West- und Ostbau.
3. Teilbaumaßnahme:
a) Neubau einer Krankenabteilung
b) Umbau und Instandsetzung des Unterkunftsgebäudes Nordbau.

Die Baumaßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.

Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.

Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/710 16

Gesamtkosten	1.365,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 25.11.2008.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	745,2 Tsd. EUR	verausgabt:	745,2 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	54,7 Tsd. EUR		

Die Gesamtkosten sind die auf der Seite des Auftraggebers entstandenen Aufwendungen für Gutachten, Altlastenbeseitigung, Bieterentschädigungen und Leistungen des Bauamts.

Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt in München wird als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership realisiert. Vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10 und Tit. 521 01.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 05						
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen, des Arbeitsbetriebsgebäudes und des Versorgungszentrums - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.000,0	A	1.000,0
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	---	---	A B C	--- 21,6 331,4
712 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf a. Inn Erweiterung - z. T. Planung -	---	---	A C	--- 115,0

Erläuterungen

Zu 04 05/710 17

Die Entwässerungsanlagen, das Arbeitsbetriebsgebäude und das Versorgungszentrum der Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden:

1. Teilbaumaßnahme:
Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser).
2. Teilbaumaßnahme:
Sanierung des Arbeitsbetriebsgebäudes.
3. Teilbaumaßnahme:
Sanierung des Versorgungszentrums.

Die Abwasserkanäle der Justizvollzugsanstalt München sind undicht. Mit der Erstellung eines liegenschaftsbezogenen Abwasserkonzepts wird der Umfang der notwendigen Kanalsanierung ermittelt. Die bauliche Trennung von Schmutz- und Regenwasser ist durch Satzung der Landeshauptstadt München vorgeschrieben.

Das Arbeitsbetriebsgebäude (Werkhallen) muss dringend instandgesetzt werden. Neben baulichen Instandsetzungen und energetischen Sanierungen müssen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt sowie die haustechnischen Anlagen erneuert werden. Das Versorgungszentrum ist dringend sanierungsbedürftig. Die Küche (Geräte, Lüftungsanlagen) muss weitgehend erneuert werden. Darüber hinaus müssen der Bäckereibetrieb, der Speisesaal für Bedienstete und das Dach des Gebäudes instand gesetzt werden.

Mit den veranschlagten Mitteln soll die 1. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen werden.

Die Gesamtkosten der 1., 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/711 34

Gesamtkosten (1. und 2. Teilbaumaßnahme) 9.663,4 Tsd. EUR

laut baufachlichen Festsetzungen vom 12.04.1999, 11.06.2001.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 9.663,1 Tsd. EUR verausgabt: 9.663,1 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen modernisiert:

1. Teilbaumaßnahme:
Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung.
2. Teilbaumaßnahme:
Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2).
3. Teilbaumaßnahme:
Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen sowie einer Zu- und Abgangsabteilung.
4. Teilbaumaßnahme:
Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes und eines neuen Versorgungszentrums.

Die Baumaßnahme dient teilweise der Energieeinsparung. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen.

Die Gesamtkosten der 3. und der 4. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/712 01

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme) 3.276,1 Tsd. EUR

laut baufachlicher Festsetzung vom 04.12.1991, 07.04.2003.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 3.255,6 Tsd. EUR verausgabt: 3.255,6 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert:

1. Teilbaumaßnahme:
 - a) Erneuerung der Umwehrungsmauer sowie weitere bauliche und technische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit
 - b) Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes
 - c) Erneuerung der Aufzugsanlage.
2. Teilbaumaßnahme:
 - a) Erweiterung der Umwehrungsmauer
 - b) Neubau der Torwache.
3. Teilbaumaßnahme:
Errichtung eines Unterkunftsgebäudes.

Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen.

Die Gesamtkosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
04 05						
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A B C	1.000,0 447,2 1.572,8
<u>715 21-2</u>	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A B	150,0 37,5
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A B C	--- 1.553,7 1.077,6

Erläuterungen

Zu 04 05/714 01

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme) 3.145,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 16.11.1999, 09.05.2007.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 2.884,7 Tsd. EUR verausgabt: 2.884,7 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert:

1. Teilbaumaßnahme:

Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen.

2. Teilbaumaßnahme:

Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Innerer Sicherheitszaun mit Videoüberwachungsanlage, Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden, Erneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Verlegung der Fahrzeugschleuse und Errichtung eines Schleusenturms), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem, Umbau und Instandsetzung der Krankenabteilung.

Die 1. Teilbaumaßnahme wird abgeschlossen.

Mit den veranschlagten Mitteln soll die 2. Teilbaumaßnahme geplant werden.

Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/715 21

Gemäß Art. 132 Absatz 2 BayStVollzG sollen jugendliche Gefangene, von denen schwerwiegende Straftaten gegen Leib oder Leben oder gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu erwarten sind, in eine sozialtherapeutische Abteilung verlegt werden, wenn ihre Behandlung dort angezeigt ist.

Die Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau ist zuständig für den Vollzug von Jugendstrafen an männlichen Verurteilten. Es ist deshalb aus vollzuglichen Gründen dort besonders dringlich, eine sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen einzurichten. Zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen soll ein neues Unterkunftsgebäude gebaut werden, in dem wegen des weiteren dringenden Bedarfs zusätzliche 20 Haftplätze für den Wohngruppenvollzug untergebracht werden sollen.

Am 1. Januar 2011 wird Art. 137 Absatz 2 Satz 2 BayStVollzG in Kraft treten, wonach junge Gefangene nach ihrer Entlassung auf ihren Antrag vorübergehend im offenen Vollzug zur Fortsetzung der Betreuung wieder aufgenommen werden können, wenn der Erfolg der Erziehung anderenfalls gefährdet wäre (sog. "Notanker"). Es ist deshalb dringend erforderlich, eine Abteilung für den offenen Vollzug mit 5 Plätzen für den "Notanker" zu schaffen. Diese Projekt kann räumlich mit der Schaffung von dringend notwendigen Arbeitsbetriebsräumen verbunden werden.

Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt und mit dem Bau begonnen.

Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Die Finanzierung erfolgt bei 13 41/715 58.

Zu 04 05/718 11

Gesamtkosten 4.900,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 25.02.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 37,5 Tsd. EUR verausgabt: 37,5 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 1.732,5 Tsd. EUR

In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth wurden ein Jugend-Therapiezentrum gegen soziale Defizite mit psychiatrischer Begleitung und eine sozialtherapeutische Abteilung für Sexualstraftäter eingerichtet. Es ist deshalb dringend erforderlich, die Sicherheit durch die Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektionssystem und den Umbau des Eingangsbereichs zu verbessern. Ferner soll die Arbeitstherapie erweitert und das undichte Dach des vorhandenen Arbeitsbetriebsgebäudes instand gesetzt werden.

Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme durchgeführt werden.

Zu 04 05/720 13

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme) 6.700,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 26.05.2003.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 6.054,6 Tsd. EUR verausgabt: 6.054,6 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

1. Teilbaumaßnahme:

- a) Erneuerung der Ersatzstromversorgung
- b) Bauliche Brandschutzmaßnahmen
- c) Instandsetzung der Entwässerungsanlagen.

2. Teilbaumaßnahme:

- a) Verlegung des Gärtnereibetriebs
- b) Neubau einer sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen

3. Teilbaumaßnahme:

- a) Neubau einer Abteilung für die Sicherungsverwahrung mit 80 Plätzen
- b) Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes.

Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 2. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen.

Die Gesamtkosten der 2. und 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 05						
720 20-6	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Neubau eines Versorgungszentrums und Erneuerung der Wärmeversorgung <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 6.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	5.000,0
					B	1.018,5
					C	595,6
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	5.500,0
					B	14.672,7
					C	1.709,7
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.900,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.900,0	A	124,0
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Umbau und Erweiterung des Torwachbereichs, Neubau der Küche und einer Sporthalle sowie Sanierung der Versorgungsbetriebe (Metzgerei, Bäckerei) - Planung -	---	---	A	---
725 26-5	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau weiterer Zellengebäude und Befestigung der Zufahrtsstraßen	***	***	A	---
725 33-6	056	Justizvollzugsanstalt Kempten (Allgäu) Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	***	A	---
					B	552,1
					C	264,7

Erläuterungen

Zu 04 05/720 20

Gesamtkosten 24.200,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 08.11.2006, 28.05.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 1.654,4 Tsd. EUR verausgabt: 1.654,4 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 6.945,6 Tsd. EUR
 In der Justizvollzugsanstalt Straubing muss ein neues Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei, Metzgerei, Kantine für Bedienstete, Wäscherei) gebaut werden. Die Wärmeversorgung wird erneuert.
 Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme fortgeführt werden.
 Die Finanzierung erfolgt bei 13 41/720 58.

Zu 04 05/721 10

Gesamtkosten 72.400,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 10.04.2000, 07.09.2006.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 55.666,1 Tsd. EUR verausgabt: 55.666,1 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt - Tsd. EUR -
 Belegungsfähigkeit der Justizvollzugsanstalt:
 Geschlossener Vollzug: 451 Haftplätze
 Offener Vollzug: 64 Haftplätze
 Belegungsfähigkeit der Jugendarrestanstalt: 36 Arrestplätze
 Die Baumaßnahme wurde aus Teil 2 / 3. Tranche der Privatisierungserlöse (Kap. 13 03 Tit. 721 51) mit rd. 20,5 Mio. EUR anfinanziert.
 Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme abgeschlossen werden.
 Die Finanzierung erfolgt bei 13 41/721 58.

Zu 04 05/725 11

Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden:

1. Teilbaumaßnahme:
 - a) Neubau eines Unteraktsgebäudes mit sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen
 - b) Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Teilerneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektion und Videoüberwachung, Errichtung einer Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden).

Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung der 1. Teilbaumaßnahme durchgeführt und mit dem Bau begonnen werden.
 Die Gesamtkosten der 1. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/725 23

Aus Sicherheitsgründen ist es unabweisbar, den Torwachbereich (Torwache 2 mit Fahrzeugschleuse und die Torwache 1) umzubauen und zu erweitern, sowie zwei Beobachtungstürme zu erneuern.
 Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind baulich und technisch verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert.
 Da eine Erweiterung und Sanierung am Standort nicht möglich ist, muss ein neues Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei, Metzgerei, Entsorgung) errichtet werden.
 Aus vollzuglichen Gründen soll eine Sporthalle gebaut werden; das bereits genehmigte Projekt - 04 05/725 26 - wurde aus haushaltsmäßigen und baulichen Gründen hierher umgesetzt.
 Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/725 26

Gesamtkosten 11.729,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 21.11.1986, 14.01.1999.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 10.854,5 Tsd. EUR verausgabt: 10.854,5 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR
 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/725 33

Gesamtkosten 49.500,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 07.11.1997, 01.09.2004.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 49.177,4 Tsd. EUR verausgabt: 49.177,4 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR
 Die Baumaßnahme wird abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 05						
726 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Sanierung der Kranken-, Errichtung einer Mutter-Kind-Abteilung, einer Abteilung für den offenen Vollzug und eines Seminargebäudes mit Wohnheim	---	***	A	---
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	800,0	A	---
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 750,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 750,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	750,0	750,0	A C	700,0 8,9
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	400,0	A B C	--- 1.110,7 2.161,6
730 07-1	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau weiterer Zellengebäude	---	***	A B C	50,0 34,2 105,0

Erläuterungen

Zu 04 05/726 11

Gesamtkosten 10.522,4 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 28.12.1993, 20.10.1998.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 8.689,8 Tsd. EUR verausgabt: 8.689,8 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Justizvollzugsanstalt Aichach wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive umgebaut, erweitert und modernisiert:

1. Teilbaumaßnahme:
Neubau einer Mutter-Kind-Abteilung.
2. Teilbaumaßnahme:
Umbau und Sanierung der Krankenabteilung.
3. Teilbaumaßnahme:
Errichtung eines Seminargebäudes mit Wohnheim für Bedienstete.
4. Teilbaumaßnahme:
Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für den offenen Vollzug mit Kindertagesstätte.

Die 1., die 2. und die 3. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen.

Die 4. Teilbaumaßnahme wurde mit 3.000,0 Tsd. EUR aus Mitteln des "Investitionsprogramms Zukunft Bayern" finanziert (vgl. 13 04/725 51) und wird abgeschlossen.

Zu 04 05/726 21

Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmäßig völlig verbraucht und sollen durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt werden.

Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.

Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/727 01

Gesamtkosten (1. bis 4. Teilbaumaßnahme und energetische Teilbaumaßnahme) 8.284,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 26.05.1993, 11.03.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 3.811,1 Tsd. EUR verausgabt: 3.811,1 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 1.772,9 Tsd. EUR

Die Justizvollzugsanstalt Memmingen wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut und instand gesetzt:

1. Errichtung einer Energiezentrale.
2. Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für den offenen Vollzug (26 Haftplätze).
3. Umbau des alten Freigängerhauses zu einer Frauenabteilung (16 Haftplätze).
4. Instandsetzungen (Dächer, Fassaden, Umwehrung, Installationskanal, Torwache, Hafträume).
5. Energetische Teilbaumaßnahme (Erneuerung der Fenster).
6. Neu- und Umbaumaßnahmen (Arbeitsbetriebsgebäude, Fahrzeugschleuse, Küche, Videosensoranlage).

Die 1., die 2. und die 3. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen, mit der 4. Teilbaumaßnahme wurde begonnen.

Die energetische Teilbaumaßnahme (Ziffer 5.) mit festgesetzten Gesamtkosten von 1.034,0 Tsd. EUR wird zur Hälfte aus dem Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" bei Kap. 13 31 Tit. 710 51 finanziert.

Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 4. Teilbaumaßnahme und die energetische Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.

Die Baumaßnahme dient der Energie- und der CO2-Einsparung.

Die Gesamtkosten der 6. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/728 10

Gesamtkosten 8.190,0 Tsd. EUR
 1., 2. und 3. Teil-Haushaltsunterlage-Bau
 (Öffentliche Erschließung, Kosten der Planung, Gutachten, Bieterentschädigungen, Baufeldfreimachung, Leistungen des Bauamts).
 laut baufachlichen Festsetzungen vom 19.10.1998, 28.05.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 4.585,1 Tsd. EUR verausgabt: 4.585,1 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 1.754,9 Tsd. EUR

Der Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Gablingen (Landkreis Augsburg) soll als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership realisiert werden. Vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 11 und Gr. 521.

Zu 04 05/730 07

Gesamtkosten 21.182,3 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 05.09.1986, 16.08.2004.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 21.052,8 Tsd. EUR verausgabt: 21.052,8 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die Baumaßnahme wird abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 05						
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Zu- und Abgangsbereichs, eines Unterkunftsgebäudes, eines Verwaltungsgebäudes mit Besuchsbereich und einer Torwache mit Fahrzeugschleuse - Planung -	---	---	A	---
730 10-6	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	650,0	A	---
730 11-5	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung und Neuordnung der Versorgungsbetriebe - z. T. Planung -	---	---	A B	--- 0,0
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.000,0	A B C	1.000,0 999,7 661,0

Erläuterungen

Zu 04 05/730 08

Die Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll im Rahmen von zwei weiteren Teilbaumaßnahmen und auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ausgebaut werden:

1. Teilbaumaßnahme:
 - a) Neubau einer Zu- und Abgangsabteilung mit Kleiderkammer
 - b) Neubau eines Unterkunftsgebäudes (sozialtherapeutische Abteilung mit 24 Haftplätzen)
 - c) Abbruch des alten Zellenflügels.
2. Teilbaumaßnahme:
 - a) Neubau eines Verwaltungsgebäudes und eines Besuchsbereichs
 - b) Neubau einer Torwache mit Fahrzeugschleuse.

Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/730 10

Für den Vollzug an weiblichen Gefangenen und für den Jugendarrest werden die in den Jahren 1886 bis 1888 errichteten Gebäude genutzt. Da deren Bausubstanz weitgehend verbraucht ist, wären umfangreiche und kostenintensive Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich. Trotzdem könnten die baulichen Voraussetzungen für einen modernen Justizvollzug nur bedingt geschaffen und der gestiegene Haftplatzbedarf nicht abgedeckt werden.

Die unter zeitgemäßen vollzuglichen und wirtschaftlichen Aspekten entwickelte Gesamtausbauplanung sieht in einem ersten Schritt den Neubau einer Frauenabteilung mit ca. 150 Haftplätzen vor. Anschließend soll eine neue Jugendarrestanstalt mit ca. 55 Arrestplätzen errichtet werden. Die Erweiterung entspricht dem Haftplatzbedarf.

Mit den veranschlagten Mitteln wird mit der Planung begonnen

Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/730 11

Gesamtkosten (1. und 2. Teilbaumaßnahme) 4.695,5 Tsd. EUR

laut baufachlicher Festsetzung vom 19.12.1994, 13.02.2002.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 4.695,5 Tsd. EUR verausgabt: 4.695,5 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR

Die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung einer provisorischen Küche im Arbeitsbetrieb für die Dauer der Instandsetzungsarbeiten am Versorgungszentrum) und die 2. Teilbaumaßnahme (Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums - Küche - sowie von Teilbereichen des Entwässerungskanals) sind abgeschlossen.

Als 3. Teilbaumaßnahme ist der Neubau einer Wäscherei und der Einbau eines Bäckereibetriebs im bisherigen Wäschereigebäude beabsichtigt.

Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/730 12

Gesamtkosten (1., 2., 3. Teilbaumaßnahme) 12.350,0 Tsd. EUR

laut baufachlichen Festsetzungen vom 26.05.1998, 19.02.2008.

Bis einschl. 2007 bewilligt: 5.232,3 Tsd. EUR verausgabt: 5.232,3 Tsd. EUR

Ab 2011 noch benötigt: 3.767,7 Tsd. EUR

Die Untersuchungshaftanstalt muss dringend abschnittsweise instand gesetzt werden:

1. Teilbaumaßnahme:

Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Brandschutzes, Instandsetzung des Erweiterungsbaus (1. Bauabschnitt).
2. Teilbaumaßnahme:

Instandsetzung des Erweiterungsbaus (2. Bauabschnitt), Erneuerung der Haftraumtüren, Vergitterung der Kellerfenster, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns.
3. Teilbaumaßnahme:

Instandsetzung des Erweiterungsbaus (3. Bauabschnitt) und des Altbaus (1. Bauabschnitt), von Entwässerungsleitungen, der Höfe Mitte und Nord und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.
4. Teilbaumaßnahme:

Instandsetzung des Erweiterungsbaus (4. Bauabschnitt) und des Altbaus (2. Bauabschnitt) sowie von Entwässerungsleitungen und der Höfe.
5. Teilbaumaßnahme:

Instandsetzung des Altbaus (3. Bauabschnitt).

Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen.

Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
04 05						
730 13-3	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung von Dienstwohngebäuden - z. T. Planung -	50,0	---	A	400,0
					B	150,0
					C	475,0
735 07-6	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Errichtung von Sportanlagen	---	***	A	---
					C	50,0
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	2.000,0	A	---
735 53-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau eines weiteren Zellengebäudes	---	***	A	---
					C	12,0
736 01-1	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau von Arbeitsbetriebsräumen und einer Schleuse sowie Erweiterung der Umwehrungsmauer	---	***	A	---
					B	70,1
					C	131,1
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.100,0	A	1.500,0
					B	103,4
					C	85,4

Erläuterungen

Zu 04 05/730 13

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme) 1.308,9 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 14.01.1998.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 1.030,1 Tsd. EUR verausgabt: 1.030,1 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR
 Die Dienstwohngebäude in Nürnberg, Reutersbrunnenstraße 41 - 45 (Flachbau) und 47 (Turmbau) müssen dringend saniert werden. Primär sind die undichten Dächer, die Fassaden sowie die Fenster und die Wärmedämmung instand zu setzen bzw. zu erneuern (1. Teilbaumaßnahme).
 Im Rahmen der 2. Teilbaumaßnahme ist eine umfassende Innensanierung vorgesehen.
 Die Baumaßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.
 Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen.
 Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 04 05/735 07

Gesamtkosten 2.110,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 17.06.1997 und 23.09.2002.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 2.109,6 Tsd. EUR verausgabt: 2.109,6 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR
 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/735 10

Die Justizvollzugsanstalt Ebrach soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung erweitert und saniert werden:

1. Teilbaumaßnahme:
Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker").
2. Teilbaumaßnahme:
Kanalsanierung.
3. Teilbaumaßnahme:
a) Verlegung des Arbeitsbetriebsgebäudes (Schreinerei)
b) Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer sozialtherapeutischen Abteilung mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 54 Haftplätzen.
4. Teilbaumaßnahme:
Umbau und Instandsetzung der Unterkunftsgebäude I, II und III.

Mit den veranschlagten Beträgen werden die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen.
 Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der entsprechenden Teil-Haushaltsunterlagen-Bau ermittelt.

Zu 04 05/735 53

Gesamtkosten 17.835,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 05.02.1985, 25.04.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 17.741,5 Tsd. EUR verausgabt: 17.741,5 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR
 Die Baumaßnahme wird abgeschlossen.

Zu 04 05/736 01

Gesamtkosten 10.006,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 06.06.1986, 08.08.1996.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 9.880,6 Tsd. EUR verausgabt: 9.880,6 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: - Tsd. EUR
 Die Baumaßnahme wird abgeschlossen.

Zu 04 05/738 01

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme) 3.700,0 Tsd. EUR
 laut fachlicher Festsetzung vom 01.02.2007.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: 188,8 Tsd. EUR verausgabt: 188,8 Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 611,2 Tsd. EUR
 Die 1. Teilbaumaßnahme umfasst den Umbau und die Sanierung der Häuser G und H sowie die Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II).
 Im Rahmen einer 2. Teilbaumaßnahme sollen die dringend notwendigen Instandsetzungen der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis vorgenommen werden.
 Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 1. Teilbaumaßnahme fortgeführt und die 2. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen werden.
 Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
04 05						
745 01-0	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Aufstockung des Ostrakts, Erneuerung der Heizungsanlage und Küche	***	***	A	---
					B	8,3
					C	28,4
745 06-5	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.600,0	2.500,0	A	2.500,0
					B	144,2
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	2.000,0	A	2.000,0
					B	55,9
		Summe Kapitel 04 05	15.500,0	18.300,0	A	23.724,0
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 26.950,0			B	23.625,5
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 26.950,0			C	11.574,4
		Summe Epl. 04	31.500,0	34.000,0	A	42.400,0
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 50.000,0			B	34.030,8
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 50.000,0			C	20.903,5

Erläuterungen

Zu 04 05/745 01

Gesamtkosten	4.210,5 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 10.07.1984, 19.01.1998.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	4.203,3 Tsd. EUR	verausgabt:	4.203,3 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		
Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.			

Zu 04 05/745 06

Gesamtkosten (1. Teilbaumaßnahme)	5.510,0 Tsd. EUR		
laut fachlicher Festsetzung vom 26.10.2007.			
Bis einschl. 2007 bewilligt:	144,2 Tsd. EUR	verausgabt:	144,2 Tsd. EUR
Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		
Im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme wird als Ersatz für das in seiner Bausubstanz völlig verbrauchte und einsturzgefährdete Arbeitsbetriebsgebäude (Malerei- und Unternehmerbetrieb - Serienfertigung) das neue Arbeitsbetriebsgebäude II errichtet.			
2. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Entwässerungskanäle und Erneuerung der Fernheizleitungen.			
3. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer sozialtherapeutischen Abteilung für Gewalttäter mit 16 Haftplätzen und einer sozialtherapeutischen Abteilung für Sexualtäter mit 16 Haftplätzen.			
Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme fortgeführt und die 2. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen.			
Die Gesamtkosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.			

Zu 04 05/746 01

Die Justizvollzugsanstalt Regensburg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert werden:

1. Bauabschnitt:

- a) Neubau des Versorgungszentrums und eines Arbeitsbetriebsgebäudes
- b) Errichtung eines Unterkunftsgebäudes (West) und eines Besuchergebäudes
- c) Sanierung des Südbaus
- d) Erstellung der Außenanlagen

2. Bauabschnitt:

- a) Neubau eines Unterkunftsgebäudes (Ost)
- b) Sanierung des Mittelbaus
- c) Sanierung des Nordbaus und Neubau der Torwache
- d) Außenanlagen

Die Baumaßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.

Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung fortgeführt und mit dem Bau begonnen.

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz

- Einzelplan 04 -

04 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	6	6	6
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	7	8	8
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		9	9	11
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	12	14	14
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	9	12,42	10,42
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	10	8,71	8,71
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	3,50	4,50
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	15,50	15,50	14,50
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	6	7,50	7,50
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2,50	2,50	2,50
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen (Verwendungsaufstieg)		4	4	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	A10	2	2	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	13	13
	Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	5	5	6
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		3	3	3
	Verwaltungsbetriebshauptsekretär, Verwaltungsbetriebshauptsekretärin		1	1	1
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A 7	1	-	-
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		1	2	2
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	A 6	2	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3,50	3,50	3,50
	Betriebshauptwart, Betriebshauptwartin		-	1	1
	Zusammen		118,50	125,63	126,63
	Zugang/Abgang			+7,13	+1
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		57	62,63	63,63
	- gehobener Dienst		30	31,50	30,50
	- mittlerer Dienst		28	27	28
	- einfacher Dienst		3,50	4,50	4,50
	Leerstellen				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B 3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	A16	1	1	1
	Amtsrat, Amtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2	2	2
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	4	4	4

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 12 01 BesGr B 3 MR (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2,42	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+0,71	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+0,50	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A12 Amtsräte, Amträtinnen	+0,50	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+10,13	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-	+1	Umwandlung von 422 01 BesGr A13 (Oberamtsrat)
Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (Regierungsrat)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-	+1	Umwandlung von 428 01 EGr 9
A 7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-1	-	Umwandlung und Absenkung nach 422 01 BesGr A 6
A 6 Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	+1	-	Umwandlung und Absenkung von 422 01 BesGr A 7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9 (Amtsinspektor)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen (Verwendungsaufstieg)	-	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A 10

04 01
Ministerium

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen Zusammen	A 7	5 19	5 19	5 19
422 31 Abgeordnete Beamte (Richter)					
		höh. Dienst	5	5	5
		A13+AZ - A9	4	4	4
	Zusammen		9	9	9
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 31 :				
	1) 1 Stelle der BesGr A13+AZ - A9 kw ab 01.01.2011				
	2) Die Stellen des höheren Dienstes dürfen auch für Richter in Anspruch genommen werden.				
428 01 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	-	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E 10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	11	12	11
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	12	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	7	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	11	10	10
	Zusammen		42	45	44
	Zugang/Abgang			+3	-1
428 21 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		5,10	4,60	4,60
	Zusammen		5,10	4,60	4,60
	Zugang/Abgang			-0,50	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		118,50	125,63	126,63
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		42	45	44
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		160,50	170,63	170,63
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		5,10	4,60	4,60
	Personalsoll B		5,10	4,60	4,60
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		165,60	175,23	175,23

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 11
A 7 Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 6
A 6 Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 7
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A16
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr B 3
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+10,13	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-0,50	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-0,50	-	

04 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 3	2	4	4
	Richter am Obersten Landesgericht, Richterinnen am Obersten Landesgericht		2	-	-
	Präsident des Landgerichts, Präsidentin des Landgerichts an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen		1	1	1
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	4	5	5
	Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 2	7,50	12	12
	Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		10,50	14	14
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		3	5,50	5,50
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		3	4	4
	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R 1	52	47,50	47,50
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		-	4	4
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A 13	3	3	3
	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerin im Justizvollzugsdienst	A 13	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	10	6,75	6,75
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen		-	25,50	25,50
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen, Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		30,50	-	-
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		4,50	9	9
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A 8	5,50	7	7
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A 7	1	-	-
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A 6	7,25	16,64	16,64
	Regierungssekretäre, Sekretäre im Justizvollzugsdienst		5,95	7	7
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartin	A 4	-	2	2
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A 3	22	25	25
	Zusammen		175,70	199,89	199,89
	Zugang/Abgang			+24,19	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten) (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG				

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010		
1	2	3	4	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT				
neu				
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)				
R 3	Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R 2 +AZ	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R 2	Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+4,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+3,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	+2,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R 1	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+4	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 9	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	+25,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+4,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 8	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	+1,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 6	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+9,39	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Regierungssekretäre, Sekretäre im Justizvollzugsdienst	+1,05	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 4	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 3	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+3	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Summe neu	+65,44	-	
Einsparung				
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)				
R 3	Richter am Obersten Landesgericht, Richterinnen am Obersten Landesgericht	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 1	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-4,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A 9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-3,25	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

04 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Richter am Amts- oder Landgericht, Richterin am Amts- oder Landgericht	R 1	-	0,25	0,25
	Justizhauptsekretär, Justizhauptsekretärin	A 8	0,50	0,37	0,37
	Zusammen		0,50	0,62	0,62
	Zugang/Abgang			+0,12	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	<i>1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.</i>				
	<i>2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG</i>				
	Gesamtübersicht				
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,50	0,62	0,62
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		175,70	199,89	199,89

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Justizinspektoren, Justizinspektorinnen, Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-30,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A 7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-41,25	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+24,19	-	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+0,25	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG (Begrenzte Dienstfähigkeit)
Summe neu	+0,25	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A 8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-0,13	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG (Begrenzte Dienstfähigkeit)
Summe Einsparung	-0,13	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+0,12	-	

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte	R 8	3	3	3
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Richterplanstellen	R 6	1	2	2
	Präsident des Amtsgerichts, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Richterplanstellen		1	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte		3	3	3
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Richterplanstellen	R 5	4	3	3
	Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 8	R 4	3	3	3
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Richterplanstellen		7	8	8
	Präsidenten der Amtsgerichte, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Richterplanstellen		2	2	2
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte		4	4	4
	Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 3	68	69	69
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen		10	9	9
	Präsident des Amtsgerichts, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 31 bis 40 Richterplanstellen		1	1	1
	Vizepräsidenten der Landgerichte, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 5 oder R 6		5	5	5
	Vizepräsident des Amtsgerichts, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als ständiger Vertreter eines Präsidenten in BesGr R 6		1	1	1
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten		6	9	9
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte		16	17	17
	Vizepräsidenten der Landgerichte, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4	R 2+AZ	17	17	17
	Vizepräsidenten der Amtsgerichte, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4		3	3	3
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		46	48	48
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte		2	1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten und gleichzeitige ständige Vertreter von Leitenden Oberstaatsanwälten in BesGr R 3 oder R 4		20	21	21
	Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 2	200	194	194

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+3	+2	neu
A 9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+10	+5	neu zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit
Summe neu	+13	+7	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 2 Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-9	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A11 Justizamtmänner, Justizamtfrauen	-11	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A10 Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	-8	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (bajTECH 2000)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-7	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-9	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-12	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (SolumSTAR)
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
	-7	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-1,50	-	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen (Gerichtsvollzieher)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		246	246	247
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen <i>16 Stellen bis 01.01.2011 nur in BesGr R1 besetzbar.</i>		49	50	72
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		46	48	48
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen		22	21	21
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten		52	57	57
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten		28	26	26
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter	R 1+AZ	142	161	161
	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R 1	1.266	1.259	1.236
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		376	384	389
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	17	17	20
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	14	18	17
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	18	19	17
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen <i>1 Stelle ku in 1 Stelle für Oberregierungsräte der BesGr A 14.</i>	A13+AZ	18	15	11
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger) <i>1 Stelle ku in 1 Stelle für Oberregierungsräte der BesGr A 14.</i> <i>1 Stelle ku in 1 Stelle für Oberregierungsräte der BesGr A 14 ab 01.01.2010.</i>	A13	104	107	115
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Bewährungs- und Gerichtshelfer)		15	16	18
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Wirtschaftsfachkräfte)		4	4	4
	Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	A12	395,50	401,50	405,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		39	41	43
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		5	5	5
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen <i>Bis zu drei Stellen können im Tausch gegen drei Stellen für Technische Oberinspektoren der BesGr A 10 nach 06 04 umgesetzt werden.</i>	A11	2	2	4
	Justizamtmänner, Justizamtfrauen		710	707	718
	Justizverwaltungsamt männer, Justizverwaltungsamt frauen (Verwendungsaufstieg)		29	29	31
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		89	98	100
	Steueramt männer, Steueramt frauen		3	3	3
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	11	9	11
	Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen		566	548	543
	Justizverwaltungs oberinspektoren, Justizverwaltungs oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		22	24	22
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen		97	92	93
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	A 9	438,50	415	397
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		3	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Justizvollstreckungssekretäre, Justizvollstreckungssekretärinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Schließung der Laufbahn der Vollziehungsbeamten der Justiz)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 4 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 3 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 9 Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	-	-2	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen
A 6 Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	-3	-1	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,92	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen
Summe Einsparung	-107,92	-3	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A12 Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A12 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 06 14 / 422 01 BesGr A12
A11 Justizamtmänner, Justizamtfrauen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A11 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-5	-	Umsetzung nach 06 04 (Konsolidierung der bayerischen Rechen- und Betriebszentren)
Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 05 / 422 01 BesGr A10
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 05 / 422 01 BesGr A10
Justizverwaltungsüberinspektoren, Justizverwaltungsüberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A10 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-0,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A 9 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		50	53	51
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	161	162	167
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		104	108	109
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	379	386	399
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		5	5	5
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		291	295	301
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A 8	3	3	3
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen		179	221	244
	Justizbetriebshauptsekretäre, Justizbetriebshauptsekretärinnen		5	7	8
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		733	740,50	754,50
	Justizvollstreckungshauptsekretäre, Justizvollstreckungshauptsekretärinnen		9	9	9
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	A 7	11	11	11
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen		789,50	750,50	738,50
	Justizbetriebsobersekretäre, Justizbetriebsobersekretärinnen		50	49	49
	Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen		12	12	12
	Justizbetriebssekretäre, Justizbetriebssekretärinnen	A 6	7	7	7
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen		609	513,50	463,50
	Justizvollstreckungssekretäre, Justizvollstreckungssekretärinnen <i>Die Stellen für Justizvollstreckungssekretäre dürfen bei Bedarf auch mit Beamten des mittleren Justizdienstes besetzt werden.</i>		2	1	1
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		2	4	5
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 6	13	14	14
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen		150	148	147
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 5	21	20	20
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen		403	419	436
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A 4	4	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen		163	159	157
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizaushelfern der EGr 4 besetzt werden.</i>	A 3	86	68	52
	Zusammen Zugang/Abgang		9.492,50	9.417 -75,50	9.427 +10
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		2.700	2.731	2.736
	- gehobener Dienst		2.601	2.570,50	2.575,50
	- mittlerer Dienst		3.351,50	3.284,50	3.286,50
	- einfacher Dienst		840	831	829

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A 9 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Konsolidierung der bayerischen Rechen- und Betriebszentren)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 15 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Konsolidierung der bayerischen Rechen- und Betriebszentren)
A 8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-2,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A 8 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Konsolidierung der bayerischen Rechen- und Betriebszentren)
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-4	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A 7 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-3	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A 6 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Konsolidierung der bayerischen Rechen- und Betriebszentren)
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Umsetzung nach 06 04 (Konsolidierung der bayerischen Rechen- und Betriebszentren)
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umsetzung nach 06 15 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 15 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Umsetzung nach 06 15 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
Summe Umsetzung	-27,50	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 2 Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2 (Vorsitzende Richter an Landgerichten)
Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2 (Richter an Oberlandesgerichten)
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2 (Direktoren der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</p> <p>1) Zu BesGr R 2 und R 1: 5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten 2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten 6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten <i>kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2013.</i></p> <p>6 Stellen für Staatsanwälte <i>kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2013.</i></p> <p>2) Zu den BesGr R 1 bis R 3: a) Die Stellen dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden. b) Bis zu 14 Stellen dürfen mit Beamten mit Befähigung zum Richteramt der BesGr A 13 bis A 15 (BesGr R 1), A 16 (BesGr R 2) und B 3 (BesGr R 3) für das Kap. 04 01 besetzt werden. c) Bis zu 10 Hochschullehrer, die ein Richteramt als 2. Hauptamt ausüben, dürfen auf einer Richterplanstelle verrechnet werden. d) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.</p> <p>3) Zu Titel 422 01 und 428 01 Zu BesGr A 7 (Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen), BesGr A 6 (Justizsekretäre, Justizsekretärinnen), EGr 5 und EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen): 22 Stellen künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (SolumSTAR).</p> <p>4) Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts a) Stelleneinsparungen 1 Planstelle der BesGr A 13 (Oberamtsrat (Rechtspfleger)) <i>kw ab Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts.</i> b) Stellenumwandlungen bzw. -absenkungen Die im Rahmen der Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts abgesenkten und umgewandelten Stellen dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß § 13 Abs. 1 BBesG erhalten.</p>				
	Leerstellen				
	Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Richter am Obersten Landesgericht, Ltd. Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwalt beim Obersten Landesgericht	R 3	1	1	1
	Vizepräsident des Landgerichts, Vizepräsidentin des Landgerichts als ständiger Vertreter eines Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4	R 2+AZ	1	1	1
	Richter und Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen	R 2	11	11	11
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter	R 1+AZ	6	6	6
	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	R 1	161	186	186
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	A12	6	6	6
	Justizamtmänner, Justizamtfrauen, Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	A11	109	109	109

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2 (Richter an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen)
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2 (Oberstaatsanwälte als Dezernenten bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten)
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2 (Oberstaatsanwälte als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten)
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+5	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 428 01 EGr 5
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+2	+3	Umsetzung und Umwandlung von 04 05/422 01 BesGr A7 (Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst) und BesGr A8 (Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst)
	+9	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 428 01 EGr 6
	+20	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 428 01 EGr 5
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 422 01 BesGr A13+AZ
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen +AZ	-1	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr A13
A10 Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	-3	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 10
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 9
A 6 Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 6 (1. Justizhauptwachtmeister)
Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 6 (Betriebshauptwart)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	+1	-	Umwandlung von 428 21 EGr 3
A 4 Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 4 (Justizhauptwachtmeister)
Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 4 (Betriebsoberwart)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A10
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 9
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-18	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr R 1
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-40	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr R 1
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr R 1
Summe Umwandlung	-31	+3	

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	233	233	233
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen, Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	A 9	62	62	62
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		2	2	2
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	38	38	38
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		19	19	19
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A 8	15	15	15
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		142	142	142
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A 7	539	539	539
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A 6	507	477	477
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	A 5	11	11	11
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	A 4	13	13	13
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A 3	2	2	2
	Zusammen		1.885	1.880	1.880
	Zugang/Abgang			-5	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	A 9	180	180	178
	Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	A 6	142	139	138
	Zusammen		322	319	316
	Zugang/Abgang			-3	-3
422 26	Rechtsreferendare				
	Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	A13	3.700	3.700	3.700
	Zusammen		3.700	3.700	3.700
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26:</i> <i>Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um</i> <i>eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten /</i> <i>Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.100 und</i> <i>3.800.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		A13+AZ - A9	7	7	7
	Zusammen		7	7	7
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten in den praktischen Studiensemestern		35	35	35
	Zusammen		35	35	35
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	18	18	18
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	163,08	161,08	161,08

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-	+3	kostenneutrale Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung mit Vermerkänderung von BesGr A13
	+2	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung mit Vermerkänderung von BesGr A13+AZ
	-	-3	kostenneutrale Hebung nach BesGr A15
	-	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr A14
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen +AZ	-2	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung mit Vermerkänderung nach BesGr A14
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-2	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung mit Vermerkänderung nach BesGr A14
A12 Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A11
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr A10
	-3	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
	-	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr A 10
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+3	+4	kostenneutrale Hebung und Umwandlung von BesGr A 9
	-	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 11
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 9
	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 9+AZ
	-3	-4	kostenneutrale Hebung und Umwandlung nach BesGr A10
Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 10
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 9
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9+AZ
A 8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	+15	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung von BesGr A 7 (Gerichtsvollzieher)
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-15	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung nach BesGr A 8 (Gerichtsvollzieher)
	+15	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 6 (Gerichtsvollzieher)
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-15	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 7 (Gerichtsvollzieher)
Werkmeister, Werkmeisterinnen	+1	+1	kostenneutrale Hebung und Umwandlung von BesGr A 5
	+1	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung von BesGr A 5
A 5 Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung nach BesGr A 6
Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-1	-1	kostenneutrale Hebung und Umwandlung nach BesGr A 6

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 428 01					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	249,92	256,92	256,92
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	2.067,54	2.041,12	2.041,12
	a) 20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften.				
	b) 15 Stellen ku in 8 Stellen der BesGr R 1 für Staatsanwälte. Die Umwandlung wird auf jede zweite freiwerdende Stelle beschränkt.				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	418,21	364,71	364,71
	21 Stellen ku in 8 Stellen der BesGr R 1 für Staatsanwälte. Die Umwandlung wird auf jede zweite freiwerdende Stelle beschränkt.				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	19,75	19,75	19,75
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	18	18	18
	Zusammen		2.959,50	2.884,58	2.884,58
	Zugang/Abgang			-74,92	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01:				
	Siehe kw-Vermerke zu SOLUM-STAR bei den allgemeinen Vermerken zum Titel 422 01.				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	16	16	16
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	237	267	267
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	153	153	153
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	11	11	11
	Zusammen		446	476	476
	Zugang/Abgang			+30	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen):				
	Bis zu zwei Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als drei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden. Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		58	58	58
	Zusammen		58	58	58
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		178,50	162,25	162,25
	Zusammen		178,50	162,25	162,25
	Zugang/Abgang			-16,25	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 10
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 14
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+7	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 6 Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Richterplanstellen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 5 im Vollzug der Fußnote 1 zur BesGr R 6 der Anlage III zum BBesG
R 5 Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Richterplanstellen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 6 im Vollzug der Fußnote 1 zur BesGr R 6 der Anlage III zum BBesG
R 4 Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Richterplanstellen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 3 im Vollzug der Fußnote 1 zur BesGr R 4 der Anlage III zum BBesG
R 3 Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 4 im Vollzug der Fußnote 1 zur BesGr R 4 der Anlage III zum BBesG
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2+AZ im Vollzug der Fußnote 4 zur BesGr R 3 der Anlage III zum BBesG
R 2 Direktoren der Amtsgerichte, +AZ Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2 im Vollzug der Fußnote 3 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3 im Vollzug der Fußnote 4 zur BesGr R 3 der Anlage III zum BBesG
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten und gleichzeitige ständige Vertreter von Leitenden Oberstaatsanwälten in BesGr R 3 oder R 4	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2 im Vollzug der Fußnote 6 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
R 2 Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		9.492,50	9.417	9.427
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		322	319	316
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.959,50	2.884,58	2.884,58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		12.774	12.620,58	12.627,58
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	3.700	3.700
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		35	35	35
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		58	58	58
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		178,50	162,25	162,25
	Personalsoll B		3.971,50	3.955,25	3.955,25
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		16.745,50	16.575,83	16.582,83

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 im Vollzug der Fußnote 2 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2+AZ im Vollzug der Fußnote 3 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2+AZ im Vollzug der Fußnote 6 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2 im Vollzug der Fußnote 2 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2
A12 Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A11 Justizamtmänner, Justizamtfrauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A10 Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
A 8 Justizbetriebshauptsekretäre, Justizbetriebshauptsekretärinnen	+4	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-4	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+8	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-8	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Justizbetriebsobersekretäre, Justizbetriebsobersekretärinnen	+6	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr A 6
Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-6	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
A 5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr A 7
A 4 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	+3	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 4
	-3	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 5
A 3 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+2	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 3
	-2	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 4
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 3 Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2
R 2 Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 im Vollzug der Fußnote 1 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten	- +2	+22 -	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 im Vollzug der Fußnote 6 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezenten bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten	+5 -3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
R 1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 im Vollzug der Fußnote 6 zur BesGr R 2 und der Fußnote 2 zur BesGr R 1 der Anlage III zum BBesG
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+17 -2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1 kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2 im Vollzug der Fußnote 1 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	- +2 -2	-22 - -	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2 kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr A13 kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2 im Vollzug der Fußnote 6 zur BesGr R 2 der Anlage III zum BBesG
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 1+AZ im Vollzug der Fußnote 6 zur BesGr R 2 und der Fußnote 2 zur BesGr R 1 der Anlage III zum BBesG
	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-17 -2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 1+AZ kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr R 1
	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Bewährungs- und Gerichtshelfer)	+1	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A12

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A12 Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+5	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-1	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+2	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Justizamtmänner, Justizamtfrauen	-5	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+14	+14	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	+5	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	-2	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+10	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	-14	-14	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-5	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+4	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	+8	+9	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-10	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-4	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	-8	-9	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 9 +AZ Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	+3	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-3	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+8	+8	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	+8	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	+3	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-3	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+30	+25	kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr A 7 (Gerichtsvollzieher)
	+5	+5	kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr A 7 (Gerichtsvollzieher)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
	-8	-8	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-8	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+20	+15	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	+12	+10	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-30	-25	kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr A 8 (Gerichtsvollzieher)
	-20	-15	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-5	-5	kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr A 8 (Gerichtsvollzieher)
	-12	-10	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+30	+25	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6 (Gerichtsvollzieher)
	+7	+10	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+10	+8	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-30	-25	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7 (Gerichtsvollzieher)
	-7	-10	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
A 5 Erste Justizhauptwachmeister, Erste Justizhauptwachmeisterinnen	-10	-8	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	+7	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 4
	+9	+8	kostenwirksame Hebung von BesGr A 4
A 4 Justizhauptwachmeister, Justizhauptwachmeisterinnen	-7	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 5
	-9	-8	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 5
	+10	+10	kostenwirksame Hebung von BesGr A 3
	+4	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 3
A 3 Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen	-10	-10	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 4
	-4	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 4
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen +AZ	-	-4	Absenkung nach BesGr A13 zur Finanzierung von Stellenhebungen
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-	+4	Absenkung von BesGr A13+AZ zur Finanzierung von Stellenhebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-153,42	+7	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
	-3,75	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
	-8,50	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (Vergabe der Gebäudereinigung an einen Privatunternehmer)
	-1	-	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen
Summe Einsparung	-15,25	-	
Umwandlung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 5
Summe Umwandlung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-16,25	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+5	-	neu im Vollzug des Art. 50 BayHO
	+20	-	neu wegen Zunahme der Elternzeit
Summe neu	+25	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-30	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 6
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+30	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A6
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+25	-	

04 05
Justizvollzugsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	11	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		15	16	17
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	33	36	39
	Dekane im Justizvollzugsdienst, Dekaninnen im Justizvollzugsdienst		5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		14	14	14
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	39	40	43
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		18	18	18
	Pfarrer im Justizvollzugsdienst, Pfarrerrinnen im Justizvollzugsdienst		19	19	19
	Oberstudienrat, Oberstudienrätin		1	-	-
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	26	36	41
	Pfarrer im Justizvollzugsdienst, Pfarrerrinnen im Justizvollzugsdienst		4	4	4
	Rektoren im Justizvollzugsdienst, Rektorinnen im Justizvollzugsdienst	A14	3	4	4
	Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst, Hauptlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	A13+AZ	23	25	29
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	28	27	32
	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst		19	19	16
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	32	38	42
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Fachlehrer, Fachlehrerinnen im Justizvollzugsdienst		2	2	2
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		14	18	19
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	A11	39	38	39
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen (Verwendungsaufstieg)		13	15	17
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen (Verwendungsaufstieg)		12	12	15
	Amt Männer, Amt Frauen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)		30	30	33
	Amt Männer, Amt Frauen im Krankenpflagedienst (Verwendungsaufstieg)		5	5	7
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		31	32	33
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	45	44	40
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		4	5	6
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		5	5	5
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		6	8	8
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)		29	36	40
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen im Krankenpflagedienst (Verwendungsaufstieg)		4	4	5
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		39	42	42
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	22	22	19
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010		
1	2	3	4	
Personalsoll A (Personal auf Stellen)				
neu				
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)				
A14	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+5	+5	neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
A13	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	- +6	+2 +5	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
A13	Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst, +AZ Hauptlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	+2 -	- +1	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten
A13	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	+2	-	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten
A10	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+3 +3	- +1	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt) neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
A 9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+1 +3 +5	- - +1	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt) neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
A 8	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	+2 +2	- +2	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten
		-	+4	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt)
	Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst	+5	+1	neu zur Verbesserung der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten
		+15	+8	neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
		+5	-	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten
		-	+35	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt)
A 7	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	- +3	+4 +3	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt) neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten
		-	+4	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt)
	Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst	+5	+1	neu zur Verbesserung der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten
		+18	+8	neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
		+5	-	neu für die Jugendstrafvollzugsanstalten
		-	+35	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt)
A 6	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-	+4	neu wegen Neubau der JVA Augsburg/Gablingen (PPP-Projekt)
Summe neu		+90	+124	

04 05
Justizvollzugsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		3	3	3
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)		9	9	9
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		38	42	39
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	15	15	15
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		41	41	40
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen (im Justizvollzugsdienst)		286	304	323
	Pflegevorsteher, Oberinnen		6	11	12
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	55	58	61
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen (im Justizvollzugsdienst)		670	723	784
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		100	102	105
	Oberpfleger, Oberschwester		31	36	42
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	65	65	65
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		176	178	184
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwester		88	85	82
	Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst		1.223	1.245	1.287
	Stationspfleger, Stationsschwester	A 7+AZ	23	22	21
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	60	60	64
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		85	93	95
	Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst		1.082	1.012	966
	Krankenpfleger, Krankenschwester		42	36	30
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	39,67	33,67	31,67
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 6	8	8	8
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 5	17	17	17
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A 4	2	2	2
	Zusammen		4.762,67	4.837,67	4.956,67
	Zugang/Abgang			+75	+119
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		190	203	215
	- gehobener Dienst		458	488	507
	- mittlerer Dienst		4.087,67	4.119,67	4.207,67
	- einfacher Dienst		27	27	27
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: <i>Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen, Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	6	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen, Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen (im Justizvollzugsdienst)	-8	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-8	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 04 / 422 01 BesGr A10
Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 04 / 422 01 BesGr A10
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umsetzung nach 06 15 (Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten)
Summe Umsetzung	-4	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	-1	-	Umwandlung nach BesGr A13 (Psychologe) und nach BesGr A9 (Sozialarbeiter)
A14 Oberstudienräte, Oberstudienrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (Rektor im JVD)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A13 (Oberamtsrat)
	+1	-	Umwandlung von BesGr A16 (Ldt. Medizinaldirektor)
A14 Rektoren im Justizvollzugsdienst, Rektorinnen im Justizvollzugsdienst	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (Oberstudienrat)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (Regierungsrat)
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-2	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 11
A 9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A16 (Ldt. Medizinaldirektor)
A 8 Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst	-3	-2	Umsetzung und Umwandlung nach 04 04/422 01 BesGr R1 (Staatsanwälte, Staatsanwältinnen)
A 7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+10	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7 (Obersekretär im JVD)
Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst	-1	-3	Umsetzung und Umwandlung nach 04 04/422 01 BesGr R1 (Staatsanwälte, Staatsanwältinnen)
	-10	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 7 (Oberwerkmeister)

**04 05
Justizvollzugsanstalten**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst, Hauptlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	A13+AZ	5	5	5
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst		3	3	3
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen, Sozialamt männer, Sozialamt frauen	A11	15	15	15
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	13	13	13
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen, Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	A 9	8	8	8
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen, Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen	A 9	10	10	10
	Regierungshauptsekretäre, Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptwerkmeister, Abteilungspfleger	A 8	41	41	41
	Regierungsobersekretäre, Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeister, Krankenpfleger	A 7	75	75	75
	Zusammen		182	182	182
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektor anwärter, Regierungsinspektor anwärterinnen	A 9	8	8	8
	Regierungssekretär anwärter, Obersekretär anwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeister anwärter	A 6 - A 7	150	150	150
	Zusammen		158	158	158
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		höh. Dienst	2	2	2
		A13+AZ - A9	1	1	1
		A9+AZ - A6	7	7	7
	Zusammen		10	10	10
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten in den praktischen Studiensemestern		45	45	45
	Zusammen		45	45	45
427 41	Praktikanten				
	Praktikanten, Praktikantinnen		2	2	2
	Zusammen		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E 13	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	4	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	11	11	11
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	125	125	125
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	104	102	102
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	7	7	7

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A11 (Regierungsamtmann)
Summe Umwandlung	-3	-5	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+4	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A13 Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst, +AZ Hauptlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	-4	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+2	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-2	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13+AZ
A11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	+6	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen (Verwendungsaufstieg)	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
Technische Amtsträger, Technische Amtsträgerinnen (Verwendungsaufstieg)	+4	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A10 Regierungsamtmänner, Regierungsamtmännerinnen	-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
Regierungsamtmänner, Regierungsamtmännerinnen (Verwendungsaufstieg)	-6	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Technische Amtsträger, Technische Amtsträgerinnen (Verwendungsaufstieg)	+7	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Amtsträger, Amtsträgerinnen im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Amtsträger, Amtsträgerinnen im Krankenpflegedienst (Verwendungsaufstieg)	-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Sozialamtsträger, Sozialamtsträgerinnen	-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-4	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-7	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9+AZ
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9+AZ

**04 05
Justizvollzugsanstalten**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Zusammen	E 3	4 261	4 261	4 261
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	28	28	28
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Zusammen	E 3	5 60	5 60	5 60
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen		17 17	32 32	32 32
	Zugang/Abgang			+15	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 29 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen		36 36	36 36	36 36
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		4.762,67	4.837,67	4.956,67
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		158	158	158
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		261	261	261
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		5.181,67	5.256,67	5.375,67
	Ferner:				
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45	45
427 41	Praktikanten		2	2	2
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		17	32	32
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Personalsoll B		100	115	115
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		5.281,67	5.371,67	5.490,67

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
	-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+8	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9+AZ
	-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9+AZ
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+4	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	-4	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 9 +AZ	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+3	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-8	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+26	+26	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+5	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+6	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-26	-26	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+87	+87	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-3	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-5	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+10	+10	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8	-6	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+6	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-10	-10	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+7	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7+AZ
	-87	-87	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+87	+87	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 +AZ	-7	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+6	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7	-6	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+6	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6

04 05
Justizvollzugsanstalten

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst	-87	-87	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Krankenpfleger, Krankenschwestern	-6	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7+AZ
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-6	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+75	+119	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Erhöhung der Personalmittel im Nachtragshaushalt 2008)
Summe neu	+15	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+15	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 04				
422 01	Planmäßige Beamte		14.373,67	14.380,30	14.510,30
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		480	477	474
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.262,50	3.190,58	3.189,58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		18.116,17	18.047,88	18.173,88
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	3.700	3.700
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		80	80	80
427 41	Praktikanten		2	2	2
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		75	90	90
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		219,60	202,85	202,85
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.076,60	4.074,85	4.074,85
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		22.192,77	22.122,73	22.248,73
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,50	0,62	0,62
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		175,70	199,89	199,89

